

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Anflug auf den Flughafen Thalerhof

GR. **Rajakovics** stellt namens von FPÖ und Grünen folgenden Antrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man in vielem so einverstanden ist, habe ich auch einen dringlichen Antrag. Der von mir gestellt wird aber auch im Namen der Grünen und der freiheitlichen Fraktion, von den anderen habe ich schon gehört, dass sie ihn auch unterstützen werden. Es geht um den Anflug auf den Flughafen Thalerhof. Aktuell wird von der AustroControl in der Steiermark beziehungsweise im Großraum Graz ein Luftfahrtthema verfolgt, das ziemlich für Aufregung, nicht nur bei uns, sondern auch in der Holding und in vielen Umlandgemeinden im Norden, ganz besonders in Radegund, sorgt.

Vom Norden aus würde eine Adaptierung der Lufträume und deren Beschränkungen notwendig werden. Diese wird von uns abgelehnt, da dadurch einerseits das Stadtgebiet als auch sämtliche mit viel Mühe aufgebauten Freizeit- und Erholungseinrichtungen am Schöckl beeinträchtigt würden.

Anflüge vom Norden - vorwiegend vom Osten kommender Flieger - würden zwar erleichtert, weil geringere Flughöhen notwendig sind, allerdings haben die Piloten diesen Anflug bisher eher gemieden, weil das Anflugverfahren hoch startet und sich ein Durchstartmanöver je nach Verhältnissen ergeben hätte.

Und genau diese in Verhandlung befindlichen neuen Lufträume sind nun das Problem, wenn die Flugzeuge diese ausnutzen und um bis zu 300 Fuß tiefer über das Stadtgebiet und insbesondere auch über den Schöckl fliegen.

Bisher sind Anflüge aus dem Norden nur bei besonderen Bedingungen in Graz - Sichtflugbedingungen, Windverhältnisse etc. - Usus, was für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger in der Stadt gut ist und natürlich für die von der Holding Graz betriebenen Freizeit- und Wohlfühleinrichtungen am Schöckl. Der

Grazer Hausberg hat sich zum Ausflugsziel vieler GrazerInnen und zum beliebten Ort für Erholung, Wohlfühlen, Fitness und vor allen dem Flugsport vieler Gäste aus nah und fern entwickelt.

Die im Konzern Holding geführte Schöcklseilbahn verfolgt gerade diese Schwerpunkte in ihrem Businesskonzept, sodass wir eine einseitige Benachteiligung und Einschränkung dieser Geschäfte in ihrem Interesse auch nicht hinnehmen dürfen. Denn ein wichtiger Teil des Seilbahngeschäftes betrifft die Kooperation mit den Sport- und Luftfahrtvereinen.

Ein besonders wichtiger Aspekt, der gegen diese Anflugroute spricht, ist unser Stadtentwicklungskonzept und unser Rahmenplan unter anderem für Reininghaus. Um Platz zu ebener Erde für Menschen zu sichern, sollen in Zukunft bei gleicher Dichte jedoch höhere Häuser möglich sein. Genau diese Intention ist aber gefährdet, denn bei jedem Bauvorhaben hätte in Zukunft auch die AustroControl ein Mitspracherecht, was nicht nur die Verfahren in die Länge ziehen würde, sondern die generelle Intention untergraben könnte.

Namens der ÖVP, Grünen und freiheitlichen Fraktion stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die österreichische Bundesregierung, allen voran Verkehrsministerin Doris Bures, wird auf dem Petitionsweg dringend ersucht, die geplante Änderung des Anflugverfahrens von Graz Nord nur einvernehmlich mit der Stadt Graz durchzuführen und weder die Bürgerinnen und Bürger von Graz, noch die wichtigen sportlichen, freizeitorientierten und gesellschaftlichen Einrichtungen im Grazer Norden rund um den Grazer Hausberg Schöckl ohne stichhaltige Begründungen, diese dürfen keinesfalls wirtschaftlicher Natur ausschließlich aus Sicht der Fluglinien sein, zu belasten oder einzuschränken. Ich bitte um Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zum Antrag: Lieber Thomas, wir stimmen dem Antrag, also der Dringlichkeit zu und auch dem Antrag, ich möchte nur noch einige Anmerkungen zum Motivenbericht bringen. Also uns geht es jetzt nicht wirklich nur um rein geschäfts... also dass dieser Anflug geschäftsstörend jetzt ist für die Holding oder dass wir jetzt in Zukunft eben höhere Häuser bauen können, sondern ich denke, es geht generell um das, dass erstens einmal ein Anflug zum Flughafen Graz Thalerhof quer über die gesamte Stadt sehr problematisch ist, dass der Lärm hier für uns eine wesentliche Rolle spielt und dass natürlich die Naherholungsgebiete auch darunter leiden, das ist klar. Aber diese beiden Dinge, die sind für uns eigentlich das Wesentliche daran (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

2) Vergaberichtlinien für Geschäftsimmobilien der Stadt Graz

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, werter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag beschäftigt sich mit den Gemeindewohnungen beziehungsweise mit den Geschäftsimmobilien, die in Gemeindewohnbauten vorhanden sind. Wir sind ja sehr froh, dass wir nach Jahrzehnten nun neue Vergaberichtlinien der Gemeindewohnungen ausarbeiten. Im Oktober haben wir diesbezüglich ja eine nächste Sitzung. Mir geht es aber vor allem

auch nur um Gemeindewohnungen und wie ich schon gesagt habe, gibt es in Gemeindewohnbauten auch Geschäftsimmobilien, nur es geht um Gemeindewohnungen, das ist eine ganz wichtige Sache. Bei den Geschäftsimmobilien ist es so, dass wir eigentlich das Ziel haben, mögliche Geschäftsimmobilien auch zu Gemeindewohnungen umzubauen. Überall ist es nicht möglich und dort gibt es auch Vermietungen. Und in der jüngsten Vergangenheit ist es hier zu einer problematischen Geschäftsräumlichkeitsvergabe in der Steinfeldgasse gekommen, bei welcher sich der Mieter beziehungsweise die Mieterin auf eine mündliche Mietzusage durch Stadträtin Kahr beruft. Das ist auch schon durch die Medien gegangen, deswegen greifen wir das jetzt auch auf.

Daraus hat sich höchstwahrscheinlich ein mündlicher Mietvertrag ergeben, woraus ein Rechtsanspruch auf Anmietung der Immobilie ableitbar sein dürfte.

Diese Vorgehensweise, einem möglichen Mieter mündliche Zusagen für eine Mietvereinbarung zu geben, ist aus unserer Sicht nicht nur bedenklich, sondern es ist alles andere als transparent. Wir haben gerade über Transparenz gesprochen und ich glaube, hier ist großer Handlungsbedarf gegeben, liebe Frau Stadträtin.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Vergabe von Geschäftsräumlichkeiten in Gemeindewohnobjekten auch in die Kompetenz des Wohnungsausschusses einzubeziehen.

Im zweiten Absatz hat es eine kleine Änderung gegeben, weil ihr habt einen Vorschlag gemacht und den haben wir versucht, gleich auch einzuarbeiten:

Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen im Sinne der Transparenz aufgefordert sicherzustellen, dass es nicht im Zuge der Vergabe von

Geschäftsimmobilien auf Basis mündlicher Zusagen oder Zugeständnissen bereits zu Rechtsverhältnissen kommt. Bitte um breite Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Herr Vorsitzender, geschätzte Kollegen des Gemeinderates! Ich bin der ÖVP und dem Kurt Hohensinner sehr, sehr dankbar auch, dass er diesen Antrag da einbringt, weil er wirklich ein Versäumnis aufzeigt und es auch aufzeigt, wie notwendig es ist, dass endlich auch die ganze Angelegenheit des Wohnens in dieser Stadt in noch professionellere Hände kommt, dass wir ja demnächst auch das Wohnen in einen Eigenbetrieb auslagern. Ich glaube, das zeigt dieses Versäumnis auch ganz deutlich, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich habe in diesem Zusammenhang doch auch ein paar Feststellungen und ein paar Fragen an die Elke Kahr zu machen, und zwar interessiert mich dann schon, welche Zusage mündlich Sie hier getätigt haben an diesen Verein und ich glaube kaum, dass Sie nicht gewusst haben, um welchen Verein es sich hier handelt und welche Anschauungen dieser Verein auch vertritt. Es schaut so aus, als wenn Sie einen Ihnen ideologisch sehr nahestehenden Verein auch versorgt haben und was da entstanden ist, ist zum Nachteil der Stadt Graz. Es ist ein Schaden für die Stadt Graz, nämlich es ist hier ein mündliches unbefristetes Mietverhältnis zugesagt worden anscheinend und es ist nicht, wie gesagt, zum Wohl der Stadt Graz passiert. In Wirklichkeit haben wir uns jegliche vertragliche Gestaltungsfreiheit auch genommen und das ist ja auch im Antrag der ÖVP formuliert, dass es wahrscheinlich rechtlich schwierig sein wird, hier diesen Verein auch noch, unter Anführungszeichen, „loszuwerden“, die haben ja auch einen Juristen dann eingesetzt und aus diesem mündlichen Mietvertrag, wo auch eine Schlüsselübergabe erfolgt ist, auch sehr erstaunlich, entsteht jetzt ein Rechtsverhältnis zum Nachteil der Stadt. Da ist es schon so, dass es, wenn das in Unkenntnis der Rechtslage passiert, dass dann zumindest der Stadt Graz ein großer Schaden entstanden ist, wenn das in Kenntnis der Rechtslage passiert ist, dann, Frau Stadtrat, dann ist es sehr, sehr hart an der Grenze des Amtsmissbrauchs (*Applaus*

FPÖ). Es ist, glaube ich, schon auch kurz notwendig, weil die Zeit ist bald vorbei, aber erlauben Sie mir noch eine halbe Minute, dass ich diesen Verein auch einmal beleuchte. Was ist da dran, das würde mich interessieren, an den Vorwürfen, dass es hier Gewaltaufrufe gibt und Ausrufe auch zum zivilen Ungehorsam. Was ist dran, und man braucht ja nur hineingehen ins Internet und auch auf Google gehen und diesen Verein googeln, dann wird man sehen, dass er in Zusammenhang auf einer Seite anarchismus.at nennt sich die als linksradikaler, anarchistischer, feministischer Verein auch angeführt wird. Also da interessiert es mich dann schon, wie es dazu kommen kann, dass der so einfach in Geschäftsräumlichkeiten der Stadt Graz unterkommt. Ich fordere Sie auf, Frau Stadträtin, hier keine Duldung dieses Vereines einfach so hinzunehmen und alle rechtlichen Mittel auch zu verwenden und in Gang zu bringen, dass dieser Verein nicht in Räumlichkeiten der Stadt Graz verbleibt (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Antragsteller! Erlauben Sie mir doch, da ich da jetzt persönlich sehr angesprochen bin, zur Dringlichkeit erstens einmal rede und dass es vielleicht auch ein bisschen länger dauert, weil ich dann eigentlich nicht vorhabe, mich noch einmal zum Antrag zu melden. Wir haben vor 20 Minuten da von unserem Bürgermeister gehört, dass er aus seinem Herzen keine Mördergrube machen möchte, das möchte ich jetzt auch nicht, und er hat auch angesprochen, dass er Verdächtigungen hasst und eintritt für seriöse und ehrliche Politik und diese ganzen verlogenen Debatten satt hat. Das geht mir gleich (*Applaus KPÖ*) und ich muss Ihnen das sagen, seit 1993, wenn Sie nämlich davon sprechen von Versäumnissen in der Wohnungspolitik, lieber Herr Gemeinderat Sippel, die Versäumnisse Ihrer Partei und der anderen Parteien haben dazu geführt, dass die Mieter und Mieterinnen in unseren städtischen Gemeindewohnungen eine Wohnqualität mittlerweile vorfinden, die sie vor 1998 nicht vorgefunden haben (*Applaus KPÖ*), damit schon abgehakt. Und eines ganz konkret, der Dringlichkeit können wir gar nicht zustimmen, wir möchten aber dem Inhalt, das kommt später,

zustimmen und zwar aus folgendem Grund: Weil natürlich nicht, wie im dringlichen Antrag drinnen steht und im Motivenbericht, ich als Wohnungsstadträtin hier ein mündliches Mietverhältnis ausgemacht habe. So lange ich hier Stadträtin bin, habe ich weder, wenn es um eine Gemeindewohnung gegangen ist, noch bei einem Geschäftslokal irgendwem im Amt eine Weisung oder gesagt, das müssen Sie so machen, im Gegenteil. Das städtische Wohnungsamt und die Hausverwaltung, um jetzt wieder bei den Geschäftsräumlichkeiten zu bleiben, wenn welche frei werden, geht hier vor wie immer und auch in dem konkreten Fall. Das, wenn Anfragen kommen, wird an die Hausverwaltung verwiesen und hier ist in den ganzen Jahrzehnten immer das Wohnungsamt, die Hausverwaltung, korrekt und reibungslos vorgegangen. Auch in dem konkreten Fall, als dieser Verein, und der heißt und so haben wir die Meldung im Büro bekommen im Dezember letzten Jahres, „Verein zur solidarischen Kommunikation und Emanzipation“. Ich möchte jetzt aber, bevor ich auf den konkret eingehe, genauso hat sich dieser Verein im Wohnungsamt bei der Hausverwaltung vorgestellt und Interesse für dieses Objekt auch angemeldet. Ich möchte Ihnen jetzt aber, und das ist nicht unwichtig, das zu wissen, wie das mit Geschäftsräumlichkeiten ist und das kann jeder, der auch in einem privaten Wohnhaus Geschäftsräumlichkeiten hat, weiß das. Wir haben Geschäftsräumlichkeiten in Objekten an Standorten in der Innenstadt hauptsächlich, die gut vermietbar sind, beispielsweise ihr kennt den Brandhof, ihr kennt die Spielzeugschachtel, es gibt viele Tabaktrafiken Schmiedgasse, Gleisdorfer Gasse, Schloßbergplatz, das sind alles Plätze und Orte, wo es leicht ist, Räumlichkeiten zu vermieten oder leichter. Wir haben aber auch Objekte, wo Geschäftsräumlichkeiten im Parterre sind, die man auch nicht zu Wohnzwecken, lieber Herr Gemeinderat Hohensinner, umfunktionieren kann, nicht nur, weil sie von der Lage, sondern auch von der Raumaufteilung und von der Ausstattung her äußerst desolat und nicht leicht anbringbar sind. Beispielsweise Tupayschlößl, da waren früher einmal die Pfadfinder drinnen, wie sie ausgezogen sind, sind die Kellerräumlichkeiten lang leer gestanden, Wohnungsamt geht jetzt her und gibt es als Allgemeinfläche für die BewohnerInnen zurück. Sie können sich auch an die Triester Straße zum Beispiel erinnern, wo leider

jetzt das Postamt zugesperrt hat, dort haben wir zum Beispiel im Rahmen einer umfassenden Sanierung daraus Wohnungen gemacht, weil es auch möglich war. Umgekehrt beim Eck vorne, wo einmal Radio Kortschak drinnen war, ist es nicht möglich gewesen und da waren wir froh, dass wir das Stadtteilzentrum gewinnen konnten dort als MieterInnen, weil es für die betroffenen Mieter und Mieterinnen in der Gegend was Positives ist, und das muss man jetzt vor allem, bevor man noch konkret zu dem Verein noch einmal zurückkommen. Es ist wichtig, dass wir Mieter und Mieterinnen finden, die nicht für die BewohnerInnen in einem Wohnhaus nachteilig sind, also deshalb gibt es ein absolutes Tabu für Wettcafés, Spielcasinos, Pfandleihanstalten, Lokalitäten, die bis weit in die Nachtstunden offen haben oder auch lautes Musikspielen, genau derlei Anfragen kommen nämlich sehr, sehr häufig und da hätten wir auch, um jetzt zurückzukommen auf die Steinfeldgasse, Mieter und Mieterinnen gefunden. Aber das wollen wir unseren BewohnerInnen nicht zumuten. Und jetzt ganz konkret noch einmal auf den Verein. Mit dieser Namensnennung, die sind im Dezember gekommen, haben in der Hausverwaltung nachgefragt, welche freien Objekt gibt es, dort ist genannt worden unter anderem die Steinfeldgasse, da hat das Wohnungsamt, also die Hausverwaltung, gesagt die Bedingungen, unter denen es zu vermieten ist und man hat sich geeinigt mit dem Verein, dass, weil es in einem sehr desolaten Zustand ist, die Sanierung dieser Räumlichkeiten, und wir reden da von zweimal 30 Quadratmetern der Verein übernimmt und der Heizungseinbau und die Überprüfung der Elektroinstallationen durch das Wohnungsamt erfolgt. Und genauso ist diese Vermietung an den Verein erfolgt und ist auch damit die Schlüsselübergabe erfolgt und nicht durch mich, damit sie das Objekt natürlich herrichten können, weil wie sollen die das sanieren, wenn sie nicht den Schlüssel kriegen? Also das heißt, das Interesse, diesen Verein als Mieter zu bekommen, war natürlich gegeben durch die Wohnhausverwaltung, warum auch nicht, weil sie die Bedingungen, unter denen wir es anbieten wollten, gegeben waren, nicht mehr und nicht weniger. Was Sie da jetzt konstruieren, das ist etwas anderes. Da muss man jetzt zwei Dinge auseinanderhalten. Das ist, wenn dieser Antrag mehrheitlich angenommen wird, möchte ich gerne dazu auch was sagen (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich würde gerne etwas dazwischen sagen. Und zwar es geht um einen dringlichen Antrag und in dem dringlichen Antrag geht es darum, die Vermietungsbedingungen für Geschäfte zu formulieren oder nicht. Also das ist der Antrag, soll man das machen oder soll man das nicht machen? Die zweite Geschichte ist eine politische, aber ich glaube, man sollte das trennen und in dem Zusammenhang auch trotz der langen Ausführungen, Elke, würde mich interessieren, ich glaube, das interessiert alle, gibt es einen schriftlichen Mietvertrag mit dem Verein oder ist es einfach eine mündliche Abmachung? Das ist aus meiner Sicht für die Fragestellung, ob wir Vergabebedingungen formulieren sollen für Geschäfte, eine sehr zentrale Sache. Gibt es einen schriftlichen Mietvertrag oder ist es eine mündliche Abmachung?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich würde aber trotzdem vorschlagen, dass wir zuerst abstimmen, weil es ist unüblich, so etwas zu machen, weil ich habe mich jetzt zur Dringlichkeit für meine Fraktion gemeldet, also wir können jetzt über die Dringlichkeit abstimmen und ich gebe gerne auf diese ganzen Fragen dann noch eine Antwort.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe kein Problem damit, ich wollte nur nochmals sagen, aus meiner Sicht ist es für den Antrag sehr wesentlich, aber wenn es nicht beantwortet wird, dann stimmen wir eben zunächst über die Dringlichkeit ab.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Doch, ich beantworte es.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Lieber Gerhard, du hast es eh schon erwähnt. Man merkt ja kaum mehr, was eigentlich Gegenstand der Diskussion sein sollte, es geht da um einen dringlichen Antrag und wir Grünen verstehen die Dringlichkeit nicht ganz, ich meine, Richtlinien machen schon Sinn, aber meines Wissens haben wir das Thema ja schon auf die Reise geschickt. Offiziell nur für Wohnungen, das ist richtig, aber ich denke, die Arbeitsgruppe oder der Ausschuss, der dazu tagt, wird das ja hoffentlich wohl mitnehmen und klar bedarf es Richtlinien. Meines Erachtens wird daran schon gearbeitet und ich sehe die Dringlichkeit nicht, aber das in aller Kürze (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR.ⁱⁿ **Kahr** zum Antrag: Festhalten möchte ich für das Protokoll, dass es von mir keine Schlüsselübergabe durch mich oder geschweige denn eine mündliche Zusage durch mich gegeben hat, das muss man einmal ausräumen.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Warst du informiert?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ja selbstverständlich war ich informiert, weil die Hausverwaltung natürlich das rückmeldet an das politische Büro, das ist ja immer so, das ist ja klar. Der Verein für solidarische Emanzipation und Kommunikation hat ein Interesse für diese Räumlichkeiten angemeldet und aufgrund dessen hat der zuständige

Hausverwalter nachgefragt, ob wir den Schlüssel, weil die bereit sind, das vorher schon zu sanieren, vorher aushändigen. Und das ist natürlich nichts Verwerfliches, weil wie sollen die das den sonst herrichten, weil für diesen Zeitraum in der Höhe, wo sie das saniert haben, sozusagen ein Mietzinsentfall auch ist, das ist durchaus nichts Unübliches. Aber das, was der Herr Gemeinderat Sippel jetzt angesprochen hat, wegen der ganzen Räumung und so, das ist die zweite Geschichte, ich wollte das da zuerst nicht sagen, weil letztendlich da auch um datenschutzrechtliche Sachen geht, aber können wir gerne auch darüber reden. Dieser Verein, haben wir dann die Mitteilung bekommen, das Wohnungsamt und auch ich als zuständige Stadträtin, dass es hier Ermittlungen gibt und Informationen gibt, die vom Verfassungsschutz, wenn man so sagen will, aber diese Verdächtigungen haben sich eben nicht mehr bestätigt, da wollte ich eigentlich nicht einen Verein, wo das sozusagen ausgeräumt wurde, jetzt hier öffentlich bloßstellen, wie ich diese Informationen erhalten haben und das war zirka im Mai haben wir uns natürlich auch selbst erkundigt und haben diesen Verein, nicht nur das Wohnungsamt, sondern auch ich persönlich mehrmals bei mir im Büro gehabt und wollten erfahren, was hier der genaue Tätigkeitsbereich ist...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Das muss man doch vorher wissen und erfragen.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Wir haben ja die FPÖ, ihr seid ja auch Mieter in einem städtischen Wohnhaus, auch nicht vorher gefragt, was ihr macht und ihr seid auch vom Verfassungsdienst sicherlich schon... (*Applaus KPÖ*). Da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Ich habe mit dem Verfassungsdienst kein Problem, ganz im Gegenteil, wenn es darum geht zu überprüfen, ob ein Verein, eine Partei oder wer auch immer

ein Sicherheitsgefährdungspotential darstellt, bin ich die Erste, die sagt, ja das machen wir und auch das Wohnungsamt, selbstverständlich. Da brauchen die gar nicht mein Ok, weil das wissen die Kollegen und Kolleginnen am Wohnungsamt sehr gut, dass das zu machen ist. Dem sind wir nachgegangen und um eben auch vorzubeugen, haben wir diesem Verein tatsächlich eine Räumung bis 30. Juni, glaube ich, das habe ich nicht mehr auswendig im Kopf, in den Raum gestellt. Gleichzeitig ist es richtig, dass wir ja durchaus zu Recht mit diesem Verein ein Mietverhältnis eingehen, sich herausgestellt hat, dass das nicht geht, weil die ein aufrechtes Mietverhältnis haben und selbst wenn wir das riskiert hätten, hier einen Prozess anzustreben, den hätten wir mit Sicherheit verloren, weil die ein aufrechtes Mietverhältnis haben.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Aber ohne Vertrag.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Ihr habt auch keinen Vertrag, weil der Herr Bürgermeister noch immer euren Mietvertrag nicht unterschrieben habt, weil ihr nicht bereit seid, mehr Miete zu zahlen, liebe Leute, ja das ist so (*Applaus KPÖ*). Lasst nur schön die Kirche im Dorf. Da braucht auch keiner Stirn runzeln, aber so schauen die Wahrheiten halt aus. Aber noch einmal, dieser Verein, hat sich dann herausgestellt, dass diese Anschuldigungen ihm gegenüber sich nicht als gerechtfertigt herausstellten und deshalb es auch keinen Sinn macht, solange, das muss man noch sagen, man kann ja nicht irgendwen vorverurteilen, weil wir leben immer noch in einer demokratischen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Schartel: *Uns aber schon, alle anderen nicht, uns aber schon?*

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Ich habe das jetzt nur retour gesagt, weil man hier einen Verein in einer Weise jetzt sozusagen will ins Licht stellen, was einfach nicht wahr ist. Es gibt immerhin Meinungsfreiheit in unserem Land und wenn dieser Verein unter anderem auch inhaltliche Überlegungen hat, und das ist direkt verboten, Veranstaltungen oder so etwas zu machen, solange sie sich nicht gegen die Verfassung unseres Staates wenden. Langer Rede kurzer Sinn, die haben ein korrektes Mietverhältnis und nicht mehr und nicht weniger, es ist zu keiner mündlichen Zusage meinerseits gekommen und das Wohnungsamt hat vollkommen korrekt in allen Bereichen gehandelt (*Applaus KPÖ*). Und im Übrigen, das muss ich auch noch sagen, hat dieser Verein überhaupt, das muss ich aus dem Weg räumen, weil das steht ja im Protokoll, ein politisches Naheverhältnis, weil ich habe diesen Verein vorher gar nicht gekannt. Im...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Entschuldigung Elke, du kannst dich ja nachher noch einmal zu Wort melden.

GR. Mag. **Frölich:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde ein bisschen überziehen, weil die Zeit haben Sie schon verwendet von meiner Redezeit. Also ich bin ein glühender Anhänger von traditionellen und bewährten Geschäftsmethoden, die teilweise im Holzhandel und im Viehhandel noch Anwendung finden. Handschlag, Geld her, Ware her und das Geschäft läuft und man versteht sich, das kann funktionieren. Ich halte fest, Frau Stadträtin, es gibt einen mündlichen Mietvertrag, der mit Schlüsselübergabe offenbar, mit wem auch immer und mit, wie Sie es

nennen, völlig was offenbar nichts Unübliches ist, so haben Sie gesagt und nicht verwerflich ist, wurde mündlich vereinbart eine Sanierung des in Rede stehenden Objektes und dann würde in Bestand genommen, weil der Schlüssel übergeben wurde. Also es ist de facto das Schlechteste, was einem Vermieter passieren kann, ein Vertrag, der nichts regelt, zustande gekommen. Das ist ein Vertrag, Sie haben es selbst erwähnt, der ist zustande gekommen und was mich ein bisschen wundert, das möchte ich schon auf den Punkt bringen, wir diskutieren über einen Antragstext, der einführt will Richtlinien, kompakte Richtlinien, die durchaus für Geschäftsräumlichkeiten gelten sollen. Aber dass Sie dann ursprünglich vorhatten, einen Abänderungsantrag zu stellen, wo Sie in unseren Tochtergesellschaften, in der GBG, wo professionellst gearbeitet wird, im Gegensatz zu hier, professionellst gearbeitet wird, sagen, dort tun wir das Tagesgeschäft, nämlich Vermietungen, auf die Aufsichtsratsebene verschieben. Ja, also das verstehe ich überhaupt nicht mehr, weil dadurch, dass hier jetzt offensichtlich etwas nicht ganz korrekt abgelaufen ist, ich meine, ich kann mich an ein Zitat von Herrn Parkinson erinnern, der hat einmal gesagt: „Bürokraten bekämpft man am besten, indem man ihre Vorschriften genau befolgt.“ Vielleicht haben Sie daran gedacht, wie Sie gedacht haben, die ganzen Vorschriften, die es hier gibt, interessieren Sie jetzt nicht, wir übergeben einen Schlüssel und dann wird das Objekt in Bestand genommen und dass dann ein Mietvertrag entsteht, der läuft und keine Regelungen trifft, das muss ja irgendwem bewusst gewesen sein. An den Folgen werden wir jetzt offenbar leiden. Deshalb, Ihr Transparenzverhältnis wundert mich zutiefst, wenn Sie das Wort Transparenz in den Mund nehmen, haben Sie bei mir wirklich ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn Sie jetzt diese Vorgehensweise hier in diesem Fall verteidigen. Und deshalb bitte ich also um Annahme unseres dringlichen Antrages, damit wir in Zukunft solche Vorgehensweisen unmöglich machen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Ich möchte nur klarstellen, weil diese alte Leier und dieser dauernde Vorwurf, die FPÖ hätte sich da vor Jahren, wir reden da von einem Mietverhältnis, das bereits fast Jahrzehnte aufrecht ist, dass wir uns da quasi von einem gerechten Mietpreis drücken, das ist ein absoluter Blödsinn und das wissen Sie ganz genau (*Applaus FPÖ*), wir zahlen einen marktüblichen Preis für diese Lage und für diesen Standard dieser Wohnung und wenn es nicht so wäre, dann wundert es mich dann doch, warum alle anderen Räumlichkeiten in diesem Haus frei sind, weil so eine Nachfrage gibt es da anscheinend nicht und das ist einfach Sache und da sind Sie einfach unglaublich in Ihrer Argumentation, uns immer das vorzuwerfen. Faktum ist, wir zahlen hier und das haben auch unabhängige Immobilienexperten bescheinigt, einen gerechten Preis. Soviel nur dazu, das wollte ich klarstellen. Und eines ist an dieser ganzen Debatte schon sehr, sehr eigenartig, weil Sie sagen, das interessiert sie quasi nicht, wer da Räumlichkeiten der Stadt Graz bezieht, dieser Verein nennt sich „Schwarzes Radieschen“. Natürlich kann man glauben, das ist vielleicht der Gartenbauverein der ÖVP, weiß ich nicht, kann man natürlich glauben, aber die Begründung der Räumungsaufforderung war ja, dass der Verein gegen den ursprünglichen Angaben politisch tätig ist und das haben Sie, das ist die Begründung, damit sie bis 30.6. räumen, na selbstverständlich, das ist nachzuhören bei Radio Helsinki, ich habe mir das nämlich angehört, wo auch ein Interview geführt worden ist mit den Mietern und das wundert mich. Das Wohnungsamt geht nicht her und schaut sich nicht an, welche Mieter man sich da einhandelt. Weil Sie vorher groß erzählt haben, Sie schauen, dass da keine Wettbüros und keine anderen Räumlichkeiten hineinkommen, das hätten Sie ja vorher gar nicht wissen können dann, wenn Sie sich da einhandeln. Also ganz glaubwürdig ist das nicht, wenn Sie mir da sagen, Sie haben nicht gewusst, mit welchem Verein Sie es da zu tun haben. Also bitte, Frau Stadträtin, das ist nicht glaubwürdig (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Das mit der Handschlagqualität, lieber Herr Gemeinderat Frölich, das muss ich trotzdem noch einmal sagen. Ich weiß nicht, wie lange Sie da im Haus sind, aber Gott sei Dank gibt es jetzt einen Konsens über alle Parteien hinweg, dass wir keine Freundschaftspreise mehr zu Parteien haben, die eingemietet sind, wie es früher war, wo man zu einem symbolischen Preis von einem Schilling...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Sollte auch für Vereine gelten.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: ...die zahlen nicht wenig dort für diese Räumlichkeiten. Gott sei Dank haben sich die meisten Parteien davon verabschiedet, auch die FPÖ, sie ist ja mietrechtlich korrekt da drinnen schon seit Jahrzehnten, aber das muss man auch dazusagen, ortsüblich ist der Mietzins nicht.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Das ist Substandard.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ja, es ist ja keine Wohnung bitte. Aber genau, wie Sie richtig sagen, Substandard und auch in diesem Fall noch einmal, ob Sie das jetzt glauben oder nicht, dieser Verein für solidarische Kommunikation, genau unter diesen Titel war er vorstellig in der Wohnhausverwaltung, wurde auch in meinem Büro rückgemeldet, dass dieser Verein so heißt, die Interesse dort haben, dieses und jenes dort zu machen, war nichts Verwerfliches dabei, widerspricht auch nicht diesen Prinzipien, die ich vorhin gesagt habe, es gibt auch keine Klagen von den Bewohnerinnen und

Bewohnern und vor allem, und das ist das Wichtigste, das ist nicht wie in einem Kuhhandel, hat das Wohnungsamt ganz klar die Mietzinsbildung ganz genau festgelegt, der immer ein bisschen höher war als wie das, was ihr einst gezahlt habt gegenüber der Stadt Graz und sie waren bereit vor allem, wo ja andere Interessenten vorher nicht bereit waren, selbst Geld in die Hand zu nehmen und dieses Mietobjekt...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Gibt es einen Vertrag?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Den Mietvertrag unterschreibe nicht ich, das unterschreibt das Wohnungsamt und letztendlich der Bürgermeister.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf ich unterbrechen. Ich möchte gerne auch zur Geschäftsordnung etwas sagen, was den Herrn Gemeinderat Eber jetzt sehr treffen wird. Klubobmann macht mich aufmerksam, dass auch bei der Wechselrede über den Inhalt pro Klub jeweils zwei Personen das Wort ergreifen dürfen und bis jetzt ist das von der Stadträtin Kahr konsumiert worden.

GR. **Eber**: Ich möchte nur vorausschickend sagen, der kurt Hohensinner hat einen konkreten Anlassfall genommen, um hier einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, wo es darum geht, mehr Transparenz einzufordern und wir haben das dann in unserem Klub natürlich auch diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass es sinnvoll

ist, folgenden Abänderungsantrag, der ja an alle Klubobleute mittlerweile gegangen ist, zu stellen: 1. Der Gemeinderat beauftragt Stadträtin Elke Kahr für das städtische Wohnungsamt und Stadtrat Dr. Gerhard Rüschi für die Abteilung für Immobilien, kompakte Richtlinien zu erarbeiten, die Transparenz bei der Vergabe von frei werdenden Geschäftslokalen garantieren. Außerdem werden die zuständigen Stellen beauftragt, die Vergabe von Geschäftsräumlichkeiten in Gemeindewohnobjekten in die Kompetenz des Wohnungsausschusses beziehungsweise die Vergabe von Geschäftsräumlichkeiten in Objekten der Abteilung für Immobilien in die Kompetenz des Ausschusses für Personal, Finanzen und Immobilien einzubeziehen. 2. Stadtrat Dr. Gerhard Rüschi wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Vorschlag vorzulegen, mit dem garantiert wird, dass die Aufsichtsratsmitglieder von Holding und GBG über alle Vergaben von Geschäftsräumlichkeiten in den jeweiligen Gesellschaften vorweg informiert werden.

Das ist unser Abänderungsantrag, da geht es im Wesentlichen darum zu sagen, dass es natürlich nicht nur das Wohnungsamt gibt, das Geschäftsräumlichkeiten zur Verfügung hat, sondern eben auch die Abteilung für Immobilien einerseits, andererseits auch die Gesellschaften Holding und GBG, und mit diesem Abänderungsantrag soll erreicht werden, jetzt nicht irgendwie einen konkreten Anlassfall zu nehmen und da dann relativ willkürlich einen Antrag daraus zu machen, sondern dass man damit versuchen wollen, diese Transparenz auf allen Ebenen, was jetzt die Geschäftsräumlichkeiten anbelangt, herzustellen. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich darf mich zunächst selbst zu Wort melden zu diesem Abänderungsantrag. Das ist natürlich ein billiger einfacher Versuch, von der Geschichte abzulenken (*Applaus ÖVP*). Eines darf ich hier schon sagen, wenn die Immobilienabteilung dafür zuständig gewesen wäre, hätte es jedenfalls einen schriftlichen Mietvertrag gegeben. Es gibt von der Immobilienabteilung keine Vermietung weder von irgendwas, das nicht schriftlich und je nachdem eben auch ein

Organbeschluss der Gemeinde ist. Also das möchte ich gerne einmal festhalten (*Applaus ÖVP*). Ich kann das nur nochmals wiederholen, das ist aus meiner Sicht der Kernpunkt der Geschichte. Kann man politisch über den Verein reden, wie man will, ich kenne ihn auch nicht, der Kernpunkt der Geschichte ist aus meiner Sicht, dass es einen mündlichen Mietvertrag gegeben hat und jeder, der damit zu tun hat, der ein bisschen sich auskennt im Immobilienbereich, weiß, mit der Schlüsselübergabe Gefahr läuft, dass dieser Mietvertrag nicht mehr kündbar ist und automatisch dem Mietrechtsgesetz unterliegt. Und das ist ja das Problem, da gibt es keine Kündigungsmöglichkeiten, nichts, die Dinge muss man schriftlich ausmachen und ich weiß gar nicht, wieso du dich versuchst da zu verteidigen, Elke, ich würde sagen, am besten auch für euch und für die KPÖ und für dich ist es, der Antrag geht rüber ohne weitere Diskussionen und wir werden das machen, denn je länger wir darüber diskutieren, umso mehr wird klar, du hast es gewusst jedenfalls, dass dort ein mündlicher Mietvertrag zustande kommt, nicht initiiert, aber du hast es gewusst und bei der Abteilung will ich jetzt auch nicht weiter eingehen, die hat das offensichtlich auch gemacht und die Hausverwaltung. Ich kann das nur noch einmal sagen, jeder Jurist und jede Juristin in diesem Bereich wird sagen, das ist gefährlich und darum würde ich sagen, wir können noch stundenlang darüber diskutieren, besser wird es nicht für euch, am besten ist, wir reparieren das, indem wir eben da diesen Antrag annehmen und Richtlinien ausarbeiten. Die wichtigste Geschichte wird sicherlich sein, dass es jedenfalls immer schriftliche Mietverträge geben muss (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube vieles Wichtige ist gesagt, Richtlinien sind gut, schriftliche Mietverträge sind auf Dauer auch sicher besser, keine Frage, solche Dinge gehören schriftlich gemacht, und in den letzten Jahren hatten wir alle von der Immobilienabteilung im Ausschuss auch, muss man sagen, ganz stimmt es nicht, es gibt schon alte mündliche Verträge, das sind Altlasten, die lassen wir jetzt da weg. Nur in dem Sinn verstehe ich auch den Abänderungsantrag der KPÖ, die sagt, soll

überall Richtlinien gelten bei den Gemeindewohnungen, bei den Immobilien der Stadt und auch im Bereichen unserer Töchter und unserer Gesellschaften. Soweit ist es nachvollziehbar, vielleicht ist es ein bisschen viel Aufwand, vielleicht kommen wir drauf, es ist nicht ganz handhabbar, aber wenn das momentan so wichtig ist, dass man genau wissen, wer wo mietet, dann schauen wir uns das halt an. Das ist unser Job und da spricht für mich nichts dagegen. Also in dem Sinn ist das einfach eine Ausweitung von dem Antrag, der über alle Bereiche drüber soll. Ich habe ein kleines bisschen ein Problem mit dem Antrag der ÖVP, weil ich das nicht ganz verstehe, da steht es dann, soll es im Zuge der Vergabe von Geschäftsimmobilien auf Basis mündlicher Zusagen nicht bereits zu Rechtsverhältnissen kommen kann. Wenn mündlich was zugesagt wird, das gilt in Österreich, das ist so, Klaus Frölich, der gute alte Handschlag gilt heute noch, na Gott sei Dank. Wenn jemand einen mündlichen Mietvertrag... es soll nicht sein, das ist die Richtlinie, aber ich kann da nicht das Bürgerliche Gesetz aushebeln im Grazer Gemeinderat (*Applaus Grüne*). Das heißt, wir müssen schon ein bisschen schauen, wo wir sind, das heißt, es kann gut und gerne ein Teil der Richtlinie sein, das halte ich für sinnvoll, aber das können wir nicht im Außenverhältnis. Also im Außenverhältnis gilt das, was die Vertreter der Stadt machen logischerweise, natürlich soll man aufpassen, dass das nicht passiert, klar soll angewiesen werden, bitte macht es schriftlich, das ist bei Mietverträgen meines Erachtens auch das Bessere. Aber wenn einer was mündlich macht, dann gilt das, ist so im Rechtsgeschäft, wir wissen das beide und ich glaube, das ist schon klar, was gemeint ist. Also in dem Sinn unaufgeregt hier Konzepte erarbeiten und ich glaube, es wird dann schon gut werden (*Applaus Grüne und KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Ich wollte auch nur noch einmal zu diesem Abänderungsantrag Stellung nehmen. Ich glaube nicht, dass das sinnvoll ist, der Herr Stadtrat hat das bereits erwähnt, dass wir diesen Abänderungsantrag hier verabschieden, weil es eben eine Ablenkung ist und weil der Fehler, und ich glaube, auf das können wir uns

einigen, ganz egal, ob der Handschlag jetzt bei uns zählt oder nicht, das ist kein sauberes Vorgehen, wenn man mündliche Verträge hier ausmacht und dann genau vor diesen Problemen stehen, vor denen wir stehen. Ich glaube, da ist ein Fehler passiert, da ist es nur gut und recht, dass in Zukunft auch der Wohnungsausschuss hier entsprechend mitzureden hat. Der Fehler ist in Ihrer Zuständigkeit passiert und deswegen sollte man hier auch die Wohnungs- beziehungsweise die Vergaben von Geschäftsräumlichkeiten im Bereich des Wohnungsamtes hier auch in diesen Ausschuss bringen und nicht bitte das professionelle Vorgehen, und das muss man ja wirklich sagen, bei der Vergabe von Geschäftsräumlichkeit in den Objekten der Abteilung für Immobilien, und da reden wir von einer Vielzahl an Vergaben, hier behindern, indem man das auch noch den Ausschuss damit beschäftigen. Ich glaube, das wird wirklich professionell abgewickelt von der zuständigen Abteilung, beim Wohnungsamt ist es weniger der Fall, hier wird weniger professionell gearbeitet und da haben Sie auch, Frau Stadträtin, die Verantwortung dafür zu tragen (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Geschäftsordnung: Ich möchte eine tatsächliche Berichtigung machen, weil das ist eine Unterstellung und ein Witz, dass es nicht professionell und korrekt im Wohnungsamt... doch das haben Sie gesagt. Der Abänderungsantrag, noch einmal...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Entschuldigung, aber das ist eine Geschäftsordnung der politischen Auseinandersetzung. Seine Meinung, die er geäußert hat.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Sie haben gesagt, das ist nichts Ungewöhnliches.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Im Sinne, wie der Gemeinderat Wohlfahrt das gesagt hat und der Abänderungsantrag, noch einmal, weil im Aufsichtsrat, lieber Herr Gemeinderat Sippel, werden die Aufsichtsräte überhaupt nicht informiert, auch nicht über Geschäftsräumlichkeiten.

GR. **Hohensinner:** Eigentlich könnte ich mir das Schlusswort jetzt sparen, weil der Gerhard Rüschi hat das wirklich sehr gut auf den Punkt gebracht. Ich möchte nur ganz kurz sagen, dass wir dem Abänderungsantrag sicher nicht zustimmen können, weil das ist eine Nebelgranate bis zum geht nicht mehr und ich muss jetzt noch einmal sagen, liebe Elke Kahr, ich schätze dich sehr, aber du hast einen Fehler gemacht. In diesem Ablauf hast du einen Fehler gemacht, und wer jetzt gerade genau gut zugehört hat, hat mitbekommen, dass du dir wirklich widersprochen hast. Du hast gesagt, ich habe keinen mündlichen Vertrag abgeschlossen. Du hast dann auch gesagt, im Herbst oder im Dezember letzten Jahres ist der Verein in das Wohnungsamt gekommen, darüber warst du informiert, dann hat es eine Schlüsselübergabe gegeben und du warst auch informiert, dass vereinbart wurde, dass der Verein eine Heizung einbaut und dass der Verein über Monate lang...

Zwischenruf GR.in Bergmann: Da hast du nicht richtig zugehört.

GR. **Hohensinner**: ...in dieser Immobilie waren. Wer sich auskennt, und ich gehe davon aus, dass du dich auskennst als zuständige Stadträtin und das machst du schon viele Jahre, müsstest du wissen, dass durch diese Zusage oder durch dieses Wissen ein mündlicher Mietvertrag entsteht.

Zwischenruf StR.in Kahr unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Und deshalb muss ich jetzt sagen, hast du dir selbst widersprochen und du hast hier definitiv einen Fehler gemacht. Ich möchte nur sagen, dass es uns in dieser Sache nicht um diesen Einzelfall eigentlich gegangen ist, wir wollten für die Zukunft ein klares Regelwerk schaffen, dass zukünftig auch Geschäftsimmobilien durch den Wohnungsausschuss gehen und dann kann jede Fraktion sich anschauen, welche Vereine das sind, ein bisschen recherchieren und dann zustimmen, dass dieser Verein eine Geschäftsimmobilie bekommt. Dieses klare Regelwerk fordern wir und dann kannst du auch diesen Fehler nicht mehr begehen, liebe Elke. Danke (Applaus ÖVP).

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, Piratenpartei) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne) angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

3) „e-card“ für alle Menschen – Petition an das Land Steiermark

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag ist eine Petition an das Land, und zwar geht es darum, dass man die Situation herbeiführen sollte, dass es für alle Menschen in unserer Stadt eine e-card geben soll. Menschen, die in unserer Stadt Anspruch auf Mindestsicherung haben, sind über die Steiermärkische Gebietskrankenkasse krankenversichert und erhalten eine e-card, während Menschen mit Behinderung, die sich in einer finanziellen Notlage befinden und beim Sozialamt einen Antrag nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz auf Hilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes und des Wohnungsaufwandes stellen können, darauf angewiesen sind, immer noch einen Krankenschein quartalsmäßig persönlich beim Amt abholen zu müssen. Es ist eine kleine Anzahl von Betroffenen, denen es jedoch manchmal schwerfällt, diese Sonderrolle innezuhaben und damit in gewisser Weise auch zuordenbar zu sein.

Namens des KPÖ- Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, mit einer Petition an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten, um eine Änderung des Steiermärkischen Behindertengesetzes dahingehend zu prüfen und umzusetzen, damit auch alle

Menschen mit Behinderung, die Hilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes beziehen, analog zur Regelung der bedarfsorientierten Mindestsicherung über die Steiermärkische GKK versichert sind. Ich hoffe, dass es diesbezüglich Zustimmung gibt (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Martina! Uli, vielen Dank für deinen Antrag, wir werden diesen Antrag unterstützen sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt und für uns ist er ein großes Anliegen. Ich hatte letzte Woche Besuch aus Wien, mit der Nationalratsabgeordneten von den Grünen, der Behindertensprecherin, haben wir Behinderteneinrichtungen besucht und haben eben festgestellt, wie viele Defizite es bei den Behinderten gibt, also gegenüber den Behinderten in unserer Gesellschaft und dieser Antrag trifft genau dieses Vorhaben, eben behinderte Menschen in unserer Gesellschaft zu inkludieren. Also reden nicht von Integration, sondern die Inklusion der Menschen, die wir fordern sollten und die laut UNO-Bericht wir eigentlich im Hintertreffen noch sind und da gibt es noch viel zu tun. Wir hoffen, Martina, dass in der nächsten Zeit eben vielleicht ein Behindertenentwicklungsplan in den Inklusionsplan die Stadt Graz entwickelt wird und möchte Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie, liebe Uli! Ich bin sehr dankbar, dass du diesen dringlichen Antrag eingebracht hast. Bin ja selbst aus diesem Bereich und weiß, dass es da auf jeden Fall eine Veränderung braucht. Es stimmt, dass Menschen, die jetzt Ansprüche aus dem Behindertenhilfegesetz beziehen, auch noch ins Sozialamt gehen müssen und einen Krankenschein lösen müssen, das ist wirklich ein Zustand, das ist so eine

Bittstellerrolle, das gehört auf jeden Fall geändert. Wie viele Sachen im Landesbehindertengesetz, die eine Änderung brauchen. Aber diese Sache bekämpft eigentlich nur ein Problem, die Wurzel könnte man anders anpacken, möchte ich kurz beschreiben, das wissen Sie vielleicht nicht, dass in Österreich Menschen mit Behinderung, die eine Leistungsfähigkeit unter 50 % bringen können, dass diese Menschen überhaupt nicht am ersten Arbeitsmarkt arbeiten dürfen, es ist ihnen untersagt. Diese Menschen sind in Werkstätten und haben überhaupt keine Möglichkeit, am ersten Arbeitsmarkt teilzunehmen. Unser Bürgermeister Siegfried Nagl hat in der letzten Periode ein Projekt ins Leben gerufen, das hat geheißen Step by Step, wo man Menschen, die eine Leistungsfähigkeit unter 50 % haben, in der Stadt angestellt hat, das ist ein Pilotprojekt gewesen, sollte Vorbildwirkung sein für andere Unternehmungen, das hätte mehrere Vorteile. Der Unternehmer zahlt die Leistung, die der Mensch mit Behinderung erbringt und der Rest, wenn es jetzt 40 % sind, die er erbringen kann, zahlt der Unternehmer und der Rest würde von Stadt, Land und Bund zugeschossen werden. Hätte den Vorteil, dass diese Menschen dann selbstbestimmt arbeiten können, sie werden integriert, sie wären keine Bittsteller mehr und vor allem sie könnten ihre Sozialversicherungsbeiträge selbst einbezahlen und daraus würde resultieren, dass sie eine e-card bekommen könnten. Also das wäre wirklich die Wurzel und ich bitte sehr, dass man da hier die Wurzel anpacken, das müsste im Landtag auch beschlossen werden, da könnten wir so ein Projekt machen. In Vorarlberg gibt es ein ähnliches Projekt, das heißt Spagat, und Step by Step war ein Projekt, diese vier Mitarbeiter im Magistrat wurden übernommen, Stadtrat Gerhard Rüschi hat ein Folgeprojekt vorbereitet, er ist auch schon in Verhandlung mit Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser gegangen, nur leider hat es von Seiten des Landes hier eine Absage gegeben, deswegen würde ich bitten, dass alle Fraktionen, die im Landtag vertreten sind, hier nochmals aktiv werden, dass wir in Graz Step by Step 2 herbeiführen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Also ich finde den Vorschlag vom Kollegen Hohensinner natürlich sehr spannend. Ich gehe aber davon aus, jetzt machen wir das auch Step by Step und werden auf alle Fälle dann das andere mit Sicherheit unterstützen, weil ich immer dafür auch gewinnbar bin, die Ursachen herauszufinden, Lösungen zu finden im Interesse der Betroffenen. Aber das ist einmal unser erster Schritt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Öffnung der Gastgärten auch während der Wintermonate

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. **Savernik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Tribüne! Es geht um die Gastgärten. Ich bin heute in der Früh mit dem Fahrrad von Liebenau auf den Hauptplatz gefahren und da war es recht frisch. Es hat die Sonne schon geschienen und ich bin vorbeigefahren bei wirklich vielen Gastgärten und es war ein wunderschönes Bild. Entlang der Schmiedgasse sind die Menschen schon draußen gesessen und ich möchte in Wirklichkeit ab dem 15. November auf dieses wunderbare Bild nicht verzichten. Es geht erstens einmal um eine wirtschaftliche Relevanz, es geht um eine touristische Relevanz. Es kann nicht sein, dass man am 16. November die Tische zusammengeklappt, ins Winterlager gibt, dass man die ganze schöne Gestaltung unserer Gastgärten dann in den Winterschlaf schickt. Wir Grazerinnen und Grazer haben uns an das schon so gewöhnt, es ist so angenehm, es kann nicht sein, dass dieses Flair, dass dieser Charme, den diese Stadt durch diese Gastgärten und die Schanigärten bekommt, einfach wieder weggeräumt wird. Es ist so, dass es nicht der

erste ist, da gibt es ein Paket von Anträgen, und es ist an der Zeit, dass diese Anliegen endlich einmal positiv umgesetzt werden, damit die Grazerinnen und Grazer, aber auch alle Besucherinnen und Besucher von Graz dieses Flair auch im Winter haben können.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der zuständige Stadtrat Mag. Mario Eustacchio wird gemäß Motivenbericht um Prüfung ersucht, inwieweit die Möglichkeit besteht, der Grazer Gastronomie Gelegenheit zu bieten, die Gastgärten auch während der bisherigen „Winterpause“ – also ganzjährig – offen zu halten.

Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat in der kommenden Oktobersitzung vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer** zur Dringlichkeit: Wir stimmen der Dringlichkeit zu und ersuchen jedoch um folgende Abklärung, an welchen Plätzen, Straßen und Gassen dies auch in den Wintermonaten trotz möglicher Schneeräumung möglich ist. Geklärt werden muss die Haftungsfrage bei diversen Beschädigungen, ob mit höheren Kosten bei Schneeräumung zu rechnen ist, wenn man dann vielleicht mit kleineren Fahrzeugen um die Gastgärten herumfahren muss. Abgeklärt soll auch werden beim Sicherheitsbeauftragten der Stadt Graz hinsichtlich möglicher Großveranstaltungen oder Veranstaltungen an diversen Plätzen und ausgesprochen werden soll an die Gastronomen, dass bei Zusage zum Wintergastgarten auch Bewirtschaftungspflicht besteht, und um das Ganze abzurunden, wird die WKO ersucht, bei den Gastronomen

eine Abfrage zu starten zum Wunsch des Wintergartens eben zu erheben. Daher bitte ich auch um Unterstützung der Dringlichkeit und des Antrages (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe KollegInnen, liebe ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Savernik! Also ich bin heute zweimal durch die Stadt mit dem Fahrrad gefahren, in der Früh und Mittags auch einmal, wo es schon sehr schön sonnig war und ich habe aber trotzdem mir Mütze und Handschuhe angezogen, weil es dann doch mir zu frisch war und wir können Ihren Antrag nicht so ganz verstehen, ich persönlich sowieso nicht so sehr, wie manche vielleicht wissen, ich komme aus Bayern, das ist bekanntermaßen, wo es die größten und schönsten Biergärten überhaupt gibt, und aus diesem Hintergrund kann ich sagen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ist ein einziger Biergarten.

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: ..die schönste Freude ist doch die Vorfreude. Die Vorfreude auf den Tag, an dem die Biergartensaison wieder eröffnet wird. Im Winter kann man vielleicht mal an einem sonnigen Tag draußen sitzen, man macht das aber gerne nicht lange, weil es dann doch eben sehr kalt wird, was wiederum dazu führt, dass die...

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Naja, in Schihütten trinkt man ja dann entsprechend viel, ich glaube, das wollen wir in der Stadt Graz nicht. Aber jetzt würde ich gerne fortfahren. Wenn man sich nicht so vollschüttet, wie das manche in den Schihütten machen, dann braucht man wieder die Heizschwammerl, die aber ein ziemlich ökologischer Wahnsinn sind, dazu kommt, dass eigentlich die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt die Winterzeit eigentlich auch gerne als stille Zeit genießen wollen würden und deshalb können wir diesem Antrag, der unserer Meinung nach eh nicht so sehr dringlich ist, auch nicht unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Wir können diesem Antrag in der Dringlichkeit und Inhalt zustimmen, wir hätten nur zwei Punkte, die wir da auch gerne in der Formulierung vielleicht drinnen hätten oder die man reindenken sollte. Es steht im Motivenbericht drinnen, die Innenstadt, nach unserer Sicht sollte man nicht nur die Innenstadt da hineindenken, sondern eben auch ganz Graz hineindenken. Vielleicht bei der Betrachtung natürlich auch gerade die Uni-Gegend, die ja schon öfter Grund für heiße Diskussionen war, vielleicht auch wieder einmal genauer betrachten, ob da nicht auch Möglichkeiten sind, das ein bisschen zu öffnen, und was uns ganz wichtig wäre, dass wenn es zu so einer Änderung auch kommen würde, dass jetzt auch im Vorfeld versucht wird, recht frühzeitig die Bürger in das Ganze einzubauen. Ich weiß nicht, inwieweit das möglich ist, dass man irgendwie einen Bürgerbeteiligungsprozess da hineindenkt, dass die Grazer BürgerInnen sich da auch beteiligen können. Dankeschön.

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Nach dem unterhaltsamen Ausflug vom Wetterbericht über Mützen bis hin zu vollgeschütteten Gästen in Gastgärten freut es mich besonders, dass die ÖVP sich

einmal zu einem Wirtschaftsthema überhaupt zu Wort gemeldet hat, weil in der alten...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich. Wir arbeiten mehr für die Wirtschaft.

GR. **Hötzl:** Es ist ja lobenswert, weil die letzten Male hat man sehr wenig gehört und deshalb im positiven Sinne. Die Baustelle liegt natürlich zurück in der alten Periode, wo Schwarz/Grün dieses Verbot eingeführt hat und da sind einige Baustellen aufzuarbeiten. Die Frau Vizebürgermeisterin a.D. lacht neben mir, weil Sie haben ja auch den Kampf gegen die Heizschwammerl in Graz geführt, es sind halt einige Baustellen, die abzuarbeiten sind und, Herr Kollege Savernik, es freut mich, dass du den Antrag einbringst, er ist im Übrigen fast wortgleich ist mit einem Antrag, den ich vor ein oder zwei Jahren eingebracht habe. Vielleicht hat dein Klubdirektor den sogar abgeschrieben oder zumindest kopiert, aber er ist lobenswert und er ist gut, aber ich darf dich beruhigen, es ist bereits alles in Arbeit, es wird ein Konzept erarbeitet, weil die FPÖ, wir haben natürlich das Problem schon seit längerem gesehen und wir arbeiten daran, dass das wieder hergestellt wird, dass die Wirtschaft wieder durchatmen kann und die Grazer Bürger, ob vollgeschüttet oder nicht, im Gastarten sitzen können das ganze Jahr. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Jetzt fühle ich mich natürlich sehr angesprochen, vor allem, weil da von manchen Dingen die Rede ist, die inzwischen eigentlich im zuständigen Ressort, im jetzt zuständigen Ressort meines Nachfolgers als Chef des Straßenamtes, Herrn Stadtrat Eustacchio, inzwischen auch bekannt sein sollten. Ich möchte ein paar Dinge

erläutern warum diese Diskussion so intensiv und so lange in der letzten Periode und auch schon davor geführt wurde. Ich denke, allen von euch ist bekannt, dass ungefähr um den 16. November herum der Grazer Advent beginnt mit den Aufbauarbeiten. Damit sind bestimmte Flächen in dieser Stadt für Gastwirte nicht benutzbar. Ihr wisst auch alle, dass wir im Sommer einen anderen Parkplatzbedarf haben als im Winter, weil im Winter naturgemäß mehr Leute mit dem Auto fahren als im Sommer. Sehr viele Gastgartenflächen derzeit auf Straßenflächen, wo Parkplätzen sind, stattfinden und dann im Winter, wie gesagt, wieder den Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen wichtige Vertreter/Vertreterinnen aus dem Bereich der Gastronomie, die damals mit uns gemeinsam diesen Konsens immer wieder verhandelt haben und wo wir auch zu einer guten konsensualen Lösung gekommen sind und im Endeffekt würde bedeuten und das wissen die Herrschaften, die im Straßenamt zuständig sind, ja sehr genau, dass es um ganze zwei Gastwirte in der Stadt geht und das ist eine Lex für diese zwei Gastwirte, die unter den jetzigen Bedingungen, wenn es um Straßenräumungen, Parkplatz, die ganze Situation mit dem Advent geht, davon profitieren würden, wenn dieses berühmte nicht von uns ausgesprochene Verbot, es war nämlich nie der Fall, es hat die Regelung ja schon vor mir gegeben, aufgehoben werden würde und wieder zurückgeführt würde in einen Zustand, den es eigentlich nie gegeben hat. Es hat nie die Erlaubnis gegeben, im Winter in Graz Gastgärten zu bewirtschaften, sondern es hat vereinzelte Versuche gegeben, dann hat man festgestellt, es wird sehr ungerecht. Sie werden sehen, dass 80 Wirte schreien werden, weil sie selber keinen Gastgarten mehr haben dürfen, während zwei einen Gastgarten werden betreiben können, weil für die zwei alleine die Situation gegeben ist, die man im Winter in Graz eben vorfindet. Also ganz pragmatisch wird zwar diese Prüfung stattfinden und man könnte auch ein paar Tage vor der Wahl so ehrlich sein und den Leuten auch hier reinen Wein einschenken, es ist zwar vielleicht ein Traum von manchen Leuten in Graz, rund um die Uhr, 24 Stunden, in dieser Stadt „lebendig“ unter Anführungszeichen zu sein, es wohnen halt vielleicht auch noch ein paar Leute in der Stadt, aber das vergisst man in der Diskussion gerne. Aber generell muss man einfach sagen, die Verhältnisse in einer

engen Stadt wie Graz sind einmal, wie sie sind und ich bin gespannt, wie ihr das dann wirklich umsetzen werdet, was ihr jetzt versprecht. Am Ende werden zwei Gastwirte Vorteile haben und andere Gastwirte nicht. Und an eines möchte ich noch erinnern: Jeder und jede kann das ganze Jahr über Sessel und Tische entlang der Wand hinausstellen, das heißt, es gibt keine Nicht-Gastgärten im Winter, das wissen alle und es machen ja auch viele Gastwirte und ich denke, das ist eine Regelung, die dem entspricht, was das Bedürfnis ist, ich nehme an, dass man nicht Riesenflächen für Gastgarten braucht in der kalten Jahreszeit. Aber wie gesagt, wir werden deswegen dagegen stimmen, weil wir wissen, was rauskommt, wenn man es seriös prüft und ich gehe davon aus, dass die ÖVP das auch angestrebt hat, dass eine seriöse Prüfung stattfindet, wenn nicht, dann müsst ihr halt dann euch mit den Gaswirten herumschlagen, die werden sich ja dann bei euch melden, nämlich alle, die dann trotzdem nicht aufstellen dürfen. Insoferne stimmen wir dagegen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Savernik**: Also ich bedanke mich für die rege Diskussion, es zeigt, dass es ein tolles Thema ist, ein emotional besetztes Thema ist und dass es schon längst hier auch einmal behandelt werden musste. Was jetzt nicht ganz stimmt zur Gleichbehandlung, es hat nicht jeder 70 Zentimeter entlang der Hausmauer, es gilt nur dort, oder 80, wo der Gehsteig breit genug ist, also für andere gilt es nicht. Insofern stimmt es, dass zwei Gastgärten überbleiben, überhaupt nicht, es geht maximal um die Herrengasse...

Zwischenruf StR.in Rücker: Herrengasse geht nicht im Advent.

GR. Dipl.-Ing. **Savernik**: ...aber im gesamten Stadtgebiet schaut es anders aus und daher bin ich sehr froh, dass die Information auch gut angekommen ist, dass es natürlich Prüfungen gibt, dass die Schneeräumung, Haftungsfragen, Sicherheitsfragen geklärt werden müssen, das ist ja ohnedies klar, darüber kann man eh nicht hinwegsehen. Aber es geht bei weitem um mehr als dieses zwei Gastwirte und es geht darum, dass eine Gleichbehandlung ist und vor allem, dass das Flair in der Stadt bleibt und dass die Stadt und auch die Stadtbezirke belebt werden und das war der Antrag. Dankesehr (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit(gegen KPÖ und Grüne) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zum Antrag: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich nehme an, dass von Ihnen nicht sehr viele in der Innenstadt wohnen. Wir haben jetzt gehört, dass es ausschließlich um die wirtschaftliche Frage geht, dass es um die Belebung der Stadt geht. Ich möchte behaupten, dass die Belebung der Stadt durchaus gegeben ist. Wir haben Monate, wo jedes Wochenende ein großes Fest in der Stadt ist. Wir haben die Adventzeit, wir haben die Faschingszeit, das heißt, es ist eigentlich sowieso rund um das Jahr permanent etwas in der Stadt los. Also die Gefahr, dass die Stadt jetzt vereinsamt und dass es hier ganz still wird, die sehen wir nicht. Was wir aber sehen ist das, dass die Menschen, die in der Innenstadt wohnen, überhaupt keine Ruhepause mehr haben. Das heißt, es geht das ganze Jahr permanent hindurch der Lärm, der Lärm, wie Sie wissen, da gibt es viele Gutachten die belegen auch in der Stadt, dass Lärm eines der größten Gesundheitsrisikos in der Stadt ist. Ich selbst habe gearbeitet am Mehlplatz im zweiten Stock, es ist nicht möglich, wenn unten Gastbetrieb ist, überhaupt zu telefonieren bei offenen Fenstern und das muss man einfach auch einmal sehen, wenn auch jetzt diese kurze Zeit auch die Stadt voll belebt ist und die Menschen sitzen gerne draußen in der Sonne, auch ich, also das ist für uns

eigentlich das Hauptproblem, warum wir diesem Antrag einfach nicht zustimmen können (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.

5) Stoppt das Tierleid

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Antrag „Stoppt das Tierleid“ beschäftigt sich heute mit den Lebetiertransporten in der EU, um das Leid dieser Tiere 2,5 Millionen Tiere werden täglich auf Europas Straßen und demnach auch Österreichs Straßen durch die Gegend gekarrt und müssen unaussprechliches Leid erdulden. Jetzt kann man sich die Frage stellen, was hat das im Grazer Gemeinderat verloren, dazu möchte ich Gandhi zitieren, der gesagt hat, die Größe einer Nation erkennt man daran, wie sie ihre Tiere behandelt. Wir alle sind Teil der Gesellschaft, das heißt, wir sind mitverantwortlich wie unsere Tiere behandelt werden, wir alle sind Konsumenten, die meisten von uns werden auch Fleisch essen. Ich bin auch der Meinung, dass Graz als zweitgrößte Stadt Österreichs und einer der größten Nettozahler in der EU eine Meinung zu diesem wichtigen Thema haben sollte. Jungtiere, die noch nicht einmal entwöhnt sind, das heißt, die eigentlich noch Muttermilch bräuchten, werden 18 Stunden lang durch Europa gekarrt. Schweine bis zu 24 Stunden. Es besteht keine Notwendigkeit dazu, denn jedes EU-Mitgliedsland kann sich regional mit Fleisch selber versorgen. Deshalb ist eine unserer Forderungen, dass jedes Schlacht- und Nutztier zum nächstgelegenen Schlachthof gebracht werden muss. Auch mit unseren Steuergeldern werden diese Lebetiertransporte subventioniert. Wir sind der Meinung, dass diese freien

Steuermittel für Verbesserungen für die Tiere in der Fleischerzeugung, in der Fleischproduktion verwendet werden sollen, wie zum Beispiel die Förderung von mobilen Schlachthöfen oder die verbesserte Kontrolle von stationären Schlachthöfen, dass Tiere während des Schlachtvorgangs nicht mehr aufwachen müssen. Und der für mich wichtigste Punkt und auch der Hauptgrund für meinen Antrag und auch die Unterschrifteninitiative „Stoppt das Tierleid“ ist die Bewusstseinsbildung. Vor allem junge Leute müssen als zukünftige Konsumenten auf das Thema aufmerksam gemacht werden, sensibilisiert werden und auf den Wert heimischer und regionaler Produkte hingewiesen werden. Es kann nicht sein, dass wir jeden Tag, tagtäglich Billigstfleisch angeboten bekommen können, ohne dass das Leid und Massenproduktion, Massentierhaltung weiter geschürt wird.

Das heißt, wir fordern Aufklärungskampagnen in Schulen zu diesem Thema, zum Thema Lebetiertransporte, zum Thema Massenproduktion und zur Regionalität. Bei regionalen Produkten ist auch die Gefahr eines Fleischskandals minimiert. Deshalb bitte ich Sie heute um Unterstützung und ein Zeichen zu setzen und unterstützen Sie bitte den folgenden Antrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz bekennt sich zu einem ethischen und moralischen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen. Hieraus resultiert auch die Feststellung, dass die gegenwärtige rechtliche Situation nicht ausreicht, um Nutztieren ein den Verhältnissen entsprechendes würdiges Leben - und leider auch Ende - zu ermöglichen. Die Stadt Graz erkennt auch die Notwendigkeit, die Konsumenten, vor allem aber die Jugend, für dieses Themengebiet zu sensibilisieren. Im Wissen, dass der rechtliche Gestaltungsrahmen von Gebietskörperschaften auf nationaler Ebene nicht ausreicht, um diese Situation zu bereinigen, erkennt auch die Stadt Graz die Notwendigkeit einer EU-weiten Diskussion, die nur unter eingeschränkter Beteiligung der fleischerzeugenden Wirtschaftslobby geführt werden darf. Wirtschaftliche Überlegungen müssen also hinter ethische Grundsätze zurücktreten.

Sämtliche Vertreter der Stadt Graz werden also ersucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf dieses Problemfeld hinzuweisen, um solcherart die Diskussion auch überregional zu unterstützen. Im Speziellen aber wird Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht, dieses Themenfeld, wo immer der Rahmen und die Gelegenheit geeignet erscheinen, in Bürgerinitiativen, die die zuständigen Organe der EU letztendlich zum Handeln zwingen, nur mit breiter Zustimmung der Bürger aller Mitgliedsstaaten bewirkt werden können, ist die Stadt Graz gerne bereit, im eigenen Wirkungsfeld aufklärend tätig zu werden. Diesen Antrag versteht die Stadt Graz als erstes Bekenntnis, den sie auch außerhalb ihres eigentlichen Wirkungsbereiches nach Maßgabe kommunizieren wird. Die Stadt Graz erklärt sich bereit, künftig bewusst an dieser Diskussion teilzunehmen und auch aktive Schritte, sofern sich die Möglichkeit dazu bietet, in diesem Themenfeld zu setzen.

Mit der Bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Heuberger** zur Dringlichkeit: Geschätztes Kollegium! Ich sage mal danke für den Antrag an und für sich, aber der Forderungskatalog der Freiheitlichen ist im Grund genommen überholt und ich hoffe, er ist nicht aus der Lade des Ex-Kollegen Mariacher, weil im Grunde ist das eine alte Geschichte. Es ist so, dass es mittlerweile genaue Richtlinien gibt, wie ein Tier betäubt und entblutet werden darf, es wird immer von anwesenden Tierärzten kontrolliert und überprüft und er steht dabei, wenn ein Transport bei einem Schlachthof ankommt. Die Transporte sind an sich in den ganzen EU-Ländern von der ansässigen Polizei kontrolliert. Wir sind nicht gegen euren Antrag, aber grundsätzlich ist es einfach wichtig zu wissen, dass die Landwirte und Transportunternehmer mittlerweile genauen Prüfungen beziehungsweise auch Kontrollen unterzogen werden und die müssen alle fünf Jahre so eine Art Prüfung ablegen dazu, das finde ich auch ganz gut. Was wir nicht wissen oder nicht nachvollziehen können ist, was du schreibst in deinem Bericht, dass es Zuwendungen gibt, Subventionszahlungen für Lebedntiertransporte, das wissen auch die Landwirte

nicht. Das würde ich bitten, dass man das noch kontrolliert und dem nachgeht, und grundsätzlich ist es auch gut von der Stadt Graz aus, das hast du auch geschrieben, dass wir es ja nicht wirklich beeinflussen können in der EU, was da an Gesetz passiert, aber es ist gut, wenn wir es kontrollieren und stets dranbleiben und am Ball bleiben, denn auch die ÖVP ist nicht für ein Tierleid und die ÖVP steht auch dahinter, dass man da sensibel und sorgsam umgeht. Nur eines möchte ich auch vermerken, das habe ich auch von den Landwirten mitbekommen, auch jene, die die Transporte machen müssen, sind Menschen und die stehen auch noch davor, auch das wäre zu kontrollieren. Und ich bitte trotzdem um die Annahme dieses Antrages und die Verfolgung der Kontrolle (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich darf mich seitens der Grünen auch für diesen sehr wichtigen Antrag bedanken. Ja, der Tierschutz spielt bei Tiertransporten eine untergeordnete Rolle, ja, es besteht in der Tat keine Notwendigkeit Lebendtiertransporte in alle Regionen Europas durchzuführen und ja, die Freiheit des Marktes sollte jedenfalls bei Lebewesen ihr Ende finden. Deshalb werden wir den Antrag von der Frau Kollegin Gemeinderätin Schleicher selbstverständlich unterstützen. Es sind aber nicht nur junge Menschen, die als zukünftige KonsumentInnen sensibilisiert werden müssen, es liegt an uns allen, entweder vollkommen auf Fleisch zu verzichten, unseren Fleischkonsum einzuschränken oder zumindest nur Fleisch aus biologischer und kontrollierter Tierhaltung zu konsumieren. Jede Kaufentscheidung ist eine Entscheidung für oder gegen Tierleid. Sie betrifft nicht nur junge Menschen, sondern es liegt auch an der Stadt, mit gutem Beispiel voranzugehen. Woher kommt zum Beispiel das Schweinsbrüstl bei den Empfängen unseres Herrn Bürgermeister, hat die

regionale und biologische Beschaffung hier einen genügend hohen Stellenwert, werden die Haltungsbedingungen der Tiere in der Beschaffungsentscheidung einbezogen? Ich weiß es nicht. Ganz besonders ist bei diesem Thema aber natürlich der zuständige Stadtrat Mag. Eustacchio gefordert...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Tierbefragung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich möchte kurz an seine Ressortzuständigkeit erinnern. Er ist zuständig beim Gesundheitsamt für die 13. Hauptgruppe: Tiergesundheit, 14. Hauptgruppe: Lebensmittel und sonstige Produkte tierischer Herkunft und 15. Hauptgruppe: verschiedene Veterinärangelegenheiten. Graz verfügt über einen Schlachthof im Stadtgebiet, aber wir verfügen nicht nur über einen Schlachthof, wir verfügen über den größten Schlachthof Österreichs, meine Damen und Herren. Und Sie haben dadurch, dass der Schlachthof in Ihrer Zuständigkeit liegt, ja die Möglichkeit, einiges von dem, was im Antrag gesagt haben, auch umzusetzen. Und ich frage mich halt, wieweit es da her ist mit Ihrem eigenen Bewusstsein, ich frage mich, wenn der Herr Stadtrat zum Würstelstand geht, ob er wirklich immer daran denkt, woher das Fleisch kommt, aus welcher Haltung das kommt, und ganz besonders möchte ich Ihnen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Messner, glutomatfrei, steirisch...

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Also ich kann davon ausgehen, dass Sie den Herrn Stadtrat begleiten zum Würstelstand, Frau Gemeinderätin. Ganz besonders möchte ich Ihnen aber abschließend ans Herz legen, mit Ihrem Parteivorsitzenden H. C. Strache Kontakt aufzunehmen. Er hat vor kurzem auf Puls 4 folgendes Rezept empfohlen. Ich darf zitieren: „Ein Wienerschnitzel vom Schwein mit Petersilkkartoffeln und Gurkenrahmsalat. Es ist die beliebteste und traditionellste Speise von uns Österreichern. Und angesichts der asozialen Teuerungen in allen Lebensbereichen, auch für alle Bürger noch leistbar. Denn das Schwein gehört zu unserer kulinarischen Kultur. Vom Schweinebraten bis hin zu Würsteln, Stelzen etc.“ Soviel zum Thema Billigfleischangebote, dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Ich kann nur für mich selber sprechen, für mich ist sehr wichtig, wo das Fleisch herkommt und ich kümmere mich auch darum; zum Thema Schnitzel, solange es aus der Region und aus der Umgebung kommt, ist ja nichts dagegen einzuwenden.

Zwischenruf StR.in Rücker: Haltung wäre schon interessant.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Zum Thema Subventionen. Es gibt ja verschiedene Subventionen den Lebedtiertransport betreffend, eine davon ist, dass ein Rind mit 250 Euro subventioniert wird, wenn es lebend transportiert wird. Da ist schon ein Geschäft dahinter, diese Subvention zum Beispiel endet mit Ende des Jahres, dafür gibt es andere Subventionen, dass zum Beispiel trächtige Jungkühe dann

subventioniert werden, wenn sie transportiert werden. Auf alle Fälle bedanke ich mich für die Unterstützung (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Transparente Regelung für Subventionen an politische Parteien in Graz inklusive Wahlkampfkostenbeschränkung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht ganz neu, ich gebe es zu, aber trotzdem wichtig. Inzwischen wird es auch schon allgemein klarer, die Kleine Zeitung schreibt derzeit jeden Tag darüber, dass es eigentlich notwendig ist und vielleicht sollte sich auch der Grazer Gemeinderat nicht dauerhaft dem entschlagen. Um was geht es? Transparente Regelung der Subventionen an politische Parteien in Graz inklusive Wahlkampfkostenbeschränkung. Lange Zeit war Österreich Schlusslicht in Sachen Transparenz und auch von der Parteienfinanzierung, jahrelang wurde der dringende Bedarf einer Reform generell abgelehnt auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Einiges hat sich geändert, auf Bundesebene kennen wir die neuen Gesetze, leider müssen wir die Strafverfahren, die laufen, noch aufgrund der alten Gesetzeslage führen, Strafrecht gilt nicht rückwirkend, ist auch ok, aber hätten wir das alte Gesetz gehabt, könnten wir diese Verbrechen, die derzeit an den Gerichten aufgearbeitet werden, viel effizienter angehen. Und nicht nur wegen Untreue auf Firmenseite, da muss man sich klar sein, dass wir das versäumt haben, wir hätten hier einige Dinge strafrechtlich verfolgen können, die momentan einfach straffrei sind, geblieben sind, weil es ja auch legal war. Ist im Strafrecht so, aber gut, hat sich geändert, hier ist was weitergegangen.

Es wurde die Offenlegung eingeführt, das Verbot von Spenden von gewissen Personen, das Verbot von anonymen Spenden und es wurde auf Bundesebene auch eine Wahlkampfkostenbeschränkung eingeführt mit sieben Millionen, wir merken es jetzt, diese interessanten Diskussion darüber, wer die Plakate bezahlt. Man darf eben nicht mehr so viel werben, wie man gerne möchte, sondern es gibt eben eine Beschränkung der Wahlkampfkosten und ich glaube, wer im öffentlichen Raum schaut, weiß, dass es durchaus Sinn macht, dass noch immer genügend Plakate da sind. Wer sich informieren will, sofern Informationen darauf sind, kann sich informieren, aber der Overdrive oder wie auch immer ist etwas herausgenommen.

Zurück zu Graz. Vor ein paar Monaten wurden im Rahmen des Budgetbeschlusses die Subventionen an die Parteien deutlich erhöht, ich sage einmal verdoppelt, ich sage jetzt ganz genau von 1,285 auf 2.308.000, also Verdoppelung ist nicht weit danebengegriffen, aber es ist 1,8 oder 1,83, ich weiß es nicht genau. Dieser Beschluss erfolgte ohne Vorlage eines Berechnungsschlüssels, ohne Trennung zwischen Parteiförderung und Klubförderung und ohne Gültigkeit der städtischen Subventionsordnung für diese Gelder.

Ich sage nicht, ganz klar, dass die Berechnung nicht gepasst hat, alles ok, bitte nicht falsch verstehen, aber sie wird nicht transparent festgehalten. Man kann es sich ausrechnen, man erfährt sie, überhaupt kein Problem, aber eigentlich könnte man eine Richtlinie dafür machen. Und genau um solche Regelungen geht es jetzt, dass man auch weiß, wie es berechnet wird, dass man vielleicht auch weiter das längerfristig gibt, ich zweifle nicht daran, dass die Mehrheit das in den nächsten Jahren wieder so beschließen wird. Aber eigentlich ist es ein freier Beschluss, es gibt überhaupt keine Regelung. Eigentlich können wir uns nicht sicher sein, also für 2014 haben wir schon mitbeschlossen; was 2015 kommt, steht in den Sternen und so soll es eigentlich nicht sein. Eigentlich könnte man die Sachen auch ein bisschen schriftlich festhalten, wir hatten das heute schon in einem anderen Bereich. Und noch etwas Wichtiges fehlt darin, eben eine Wahlkampfkostenbeschränkung, weil die mit sieben Millionen, die gilt auch für Graz, wenn man ehrlich und ganz korrekt ist, als auch bei der nächsten Gemeinderatswahl gibt es formal aufgrund des

Bundesgesetzes eine Wahlkampfkostenbeschränkung auf sieben Millionen, aber nicht einmal der ÖVP-Wahlkampf würde das auslösen. Das heißt, wir haben eine völlig sinnlose Wahlkampfkostenbeschränkung, die auf Bundesebene gedacht ist und selbstverständlich hat der Bundesgesetzgeber daran gedacht, liebe Länder, Kärnten hat es geschafft, liebe Gemeinden, vielleicht schafft es Graz auch, überlegt euch selbst, was eine sinnvolle Wahlkampfkostenbeschränkung ist. Ich muss als Bundesgesetzgeber nicht alles regeln, was ihr auf Gemeindeebene viel besser regeln könnt, deswegen glaube ich auch, es macht keinen Sinn, wenn wir da auf das Land warten, weil wir können uns das selber auch überlegen. Wir müssen uns nicht vom Land sagen lassen, wie viel Gelder wir ausgeben dürfen. Eigentlich könnten wir das selber machen und sagen, liebe Parteien, ihr kriegt die Subvention nur mehr, wenn ihr folgende Bedingungen erfüllt, zum Beispiel Wahlkampfkostenbeschränkung und genau um diese Bedingungen geht es. Die sollten natürlich gemeinsam ausgehandelt werden und schriftlich festgehalten werden.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Magistratsdirektion wird beauftragt, unter Einbeziehung der Klubobleute der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und natürlich auch vom Kollegen Pacanda bis Ende 2013 dem Grazer Gemeinderat eine Regelung für die Subvention an politische Parteien, die sich am Parteiengesetz 2012 orientiert, zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Bereiche neu zu regeln:

- Transparenter Berechnungsschlüssel.
- Transparente Aufteilung von Parteienförderung und Klubförderung, wurde bereits mehrmals eingemahnt in den Zeitungen.

- Prüfung der Anwendbarkeit der städtischen Subventionsordnung auf Subventionen an Parteien beziehungsweise, wahrscheinlich das Sinnvollere, Erstellung einer eigenen Subventionsordnung für Subventionen an Parteien.
- Wahlkampfkostenbeschränkung für Gemeinderatswahlen - als Richtwert sind die zulässigen Ausgaben pro Wahlberechtigtem bei Nationalratswahlen heranzuziehen. Bei Überschreiten der Wahlkampfkosten sind die erhaltenen Subventionen zumindest teilweise zurückzuzahlen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer auf der Galerie, lieber Herr Klubobmann! Wir haben in der letzten Periode sehr oft über dieses Thema diskutiert, haben dann auch immer an das Land verwiesen und ich erinnere mich gut zurück an ein Gespräch, das haben wir ziemlich bald einmal nach der konstituierenden Gemeinderatssitzung geführt in meinem Büro, lieber Gerhard, und da hast du gesagt, ja bei der Transparenz ist uns der Bund jetzt zuvor gekommen. Es gibt jetzt ein Bundesparteiengesetz. Wir waren beide darüber froh und dieses Bundesparteiengesetz regelt einmal die Bundesebene auch die Landesebene und auch die Graz-Ebene. Die Feinabstimmung, so steht es im Gesetz drinnen, muss aber der Landtag beschließen, auch das ist im letzten Jahr bereits erfolgt, aber die Gemeinden wurden ausgenommen, so auch Graz, und ich habe mich jetzt einmal erkundigt gestern im Landtag, wieweit jetzt die Überlegungen zu den Gemeinden vorangeschritten sind und mir wurde gestern versichert vom Christopher Drexler, dass es bereits in einem Unterausschuss Gespräche gibt und das Vorhaben ist, jetzt im Herbst auch eine Regelung für die Gemeinden umzusetzen. Jetzt bin ich der Meinung und meine Fraktion ist der Meinung, dass es überhaupt keinen Sinn ergibt, dass wir jetzt parallel zum Landtag ein Regelwerk entwickeln und dann am Ende zwei Regelwerke haben, das hat keinen Sinn. Deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht

zustimmen und auch dem Inhalt in dieser Art und Weise nicht. Aber ich möchte ganz kurz was anderes ansprechen, lieber Gerhard, auf Bundesebene gibt es ja auch jetzt den Trend, also die Eva, so darf man im Wahlkampf ja zu ihr sagen jeder Bürger, die hat dieses Thema aufgenommen und zugegeben, sie ist da sehr dahinter und deswegen war es uns auch klar, dass heute die grüne Partei versucht, auch hier so ein Thema breitzutreten. Lieber Gerhard, ihr gelingt es aber nicht, du hast einmal auch, und das ist heute schon einmal thematisiert worden, die Frau B. hier angeschüttet, das war ein Rohrkrepierer, das wurde heute hier schon ausgiebig diskutiert und jetzt versuchst du es noch einmal. Vor kurzer Zeit habe ich in der Kleinen Zeitung von dir ein City-Mail gelesen, also da kannst du nicht sagen, dass das eine falsch zitierte Presseaussendung ist, sondern das ist von dir handschriftlich verfasst oder in den Computer reingetippt und da schreibst du, die Parteien erhalten Steuergelder in Graz durch einen Beschluss von ÖVP, FPÖ und SPÖ, heuer sogar doppelt so viel. Es stimmt weder im Gesamtbetrag noch stimmt es für diese ganzen Parteien, die du aufgezählt hast im Einzelnen. Jetzt gibt es zwei mögliche Erklärungen. Die eine Erklärung ist, du hast es nicht besser gewusst, aber lieber Gerhard, du bist Volkswirt und du bist Finanzsprecher der Grünen, das heißt für mich, du hast es gewusst und hast absichtlich das Falsche gesagt, lieber Gerhard. Das hast du auch eine Woche später in der Kleinen Zeitung richtiggestellt, dass du absichtlich hier die Leser an der Nase herumgeführt hast. Deswegen darf ich dir jetzt und weil du hier die Wahlkampfpolemik in den Gemeinderat hereinbringst, darf ich auch ein bisschen polemisch sein und ein Plakat von euch etwas umändern, und zwar das Plakat kennt jeder, wir haben es ein bisschen umgeändert, darauf steht: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.“ (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich möchte gleich in diesem Wahlkampfjargon bleiben. Ein bisschen belämmert ist dieser Antrag dann doch und nur weil Sie ihn zum wiederholten Male stellen, wird er nicht besser. Anscheinend,

und der Kurt hat das angeführt, erfüllen Sie also nur in Wirklichkeit Wahlkampfvorgaben, die Sie aus Wien bekommen haben. Jetzt kurz vor der Wahl noch einmal das durchzukauen, also das ist schon sehr, sehr durchsichtig. Ich kann mich dem, was der Kurt angeführt hat, sachlich vollinhaltlich anschließen. Möchte vielleicht ergänzend noch sagen, Sie erwähnen richtig, das Parteiengesetz 2012 ist geändert worden, es gibt eine Offenlegungspflicht für Spenden, das gilt selbstverständlich auch für die Stadtparteien, die ja Teil der Landesorganisationen sind. Wir alle haben derzeit Leermeldungen auch abzugeben, wo wir offenlegen, ob Spenden in die Parteikasse geflossen sind. Also da erfüllen ja eh schon die Transparenzkriterien, die uns auferlegt worden sind. Als freiheitlicher Klub sind wir selbstverständlich auch immer gerne bereit, offen darzulegen, was mit dem Geld passiert, das haben wir auch immer getan. Die ÖVP ladet Journalisten ein, die die Ordner durchschauen, wir haben das immer auch gesagt, was mit dem Geld passiert, sind wir auch gerne weiter dazu bereit. Aber ich habe ein bisschen Bauchweh und wenn ich mir anschau, was die Motive der Grünen sind, auch da gläserne Parteikassen zu schaffen, wo man dann schön hineinschauen kann, ein bisschen schnüffeln kann, das gilt es einfach aus unserer Sicht mit Vorsicht zu genießen. Denn Sie wollen hier nur drinnen herumschnüffeln und da haben wir ganz einfach schlechte Erfahrungen gemacht. Und der Punkt ist der, ich kann Ihnen auch ein konkretes Beispiel bringen, da geht es auch um den Schutz von Vertragspartnern, die wir haben...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Die stehen dann vor Gericht.

GR. Mag. **Sippel**: Bei uns steht überhaupt niemand vor Gericht, das ist ein großer Irrtum. Sagen Sie mir irgendjemanden, der bei uns vor Gericht steht oder vor Gericht in dieser Angelegenheit jemals gestanden ist. Also das ist ein völliger Irrtum.

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: Ja, Uwe Scheuch ist FPK, das hat, wie Sie wissen, nichts mit der FPÖ zu tun. Ist eine eigenständige Partei, aber das ist eine andere Diskussion. Wir können gerne noch diskutieren, die FPK war nie Teil der FPÖ und das wissen Sie ganz genau. Tatsache ist, Ihnen geht es darum, in den Parteikassen zu schnüffeln und dann Druck auszuüben auf Vertragspartner, die wir haben, das ist passiert bei dem Lokal in Graz, wo wir auch eine Veranstaltung gemacht haben, da sind Sie dann hergegangen, diverse Parteigänger von Ihnen haben Druck ausgeübt auf die Lokale, mit der die freiheitliche Partei zu tun hat, das wollen wir einfach nicht, das ist Schnüffelei übelster Sorte und das ist Ihr wahres Motiv auch bei diesem Antrag.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Es geht um öffentliches Geld.

GR. Mag. **Sippel**: Mit der Subventionsordnung neu haben wir Transparenz geschaffen, wir haben vorher vier Töpfe gehabt, mittlerweile haben wir nur mehr einen Posten im Budget, der unter dem Titel Parteiförderungen läuft, also das heißt, da sind wir auch einer langjährigen Forderung von Ihnen nachgekommen und wir haben in

Wirklichkeit die Klubförderung, weil Sie das da so vergleichen, auch an die Höhe des Landes angepasst, also das ist ja auch nichts Unrechtmäßiges, wie Sie sagen, das in den Raum stellen. Wir befinden uns in dem Korridor und das ist auch ganz klar mit Gutachten belegt, dass das in Ordnung ist.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Die Grünen haben 75 % mehr.

GR. Mag. **Sippel**: Von uns gibt es ein Bekenntnis zur Parteiförderung, wir wollen keine Einflussnahme von Konzernen oder von der Wirtschaft. Was das betrifft, bekennen wir uns auch dazu und ja, wir bekommen als Wahlsieger der letzten Gemeinderatswahl auch jetzt etwas mehr an Subventionen. Das ist nichts Unrechtmäßiges, aber wir geben auch einen ordentlichen Teil davon weiter an bedürftige Grazer Bürger, wir haben die Institution „Blauer Anker“ geschaffen, wo wir bedürftigen Grazer helfen, das ist etwas, wo man ehrlich auch mit dieser Höhe umgeht, und bei Ihnen ist das mehr so, ich fasse zusammen, das Symptom, das nennt sich KPK-Symptom. Sie kritisieren, dann gehen Sie her und polemisieren und dann, wenn es darauf ankommt, dann kassieren Sie und das ist durchschaubar und das ist schäbig (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Werter Kollege Sippel, du hast mich jetzt herausgefordert, dass ich mich doch zu Wort melde in dieser Frage. Also wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Ich überlege aber, wenn bei allen alles so offen ist und alles so transparent ist, warum hat man dann ein Problem, so einem Antrag die Zustimmung zu geben (*Applaus KPÖ und Grüne*)? Ich denke, das liegt doch auf der Hand und ich

falle wahrscheinlich nicht unter den Verdacht, dass wir jetzt große Wahlwerbung da machen, die KPÖ hat in der Vergangenheit ihre Parteikassen und ihre Gemeinderatsgelder immer öffentlich gemacht und wir sehen für uns kein Problem, diesem Antrag zuzustimmen. Und ich möchte alle anderen Parteien auch auffordern, einmal über ihren Schatten zu springen, was kann euch eigentlich passieren, wenn ihr hier zustimmt, wenn eh alles so offen ist?

Zwischenruf GR. Hohensinner: Es wird im Landtag gerade ausgearbeitet.

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** Ja, aber genau diese Frage, das haben wir beim Demokratiepaket, elf Jahre Demokratiepaket haben wir in diesem Haus verhandelt, immer mit dem Argument, dass wird ja dort oder dort irgendwo gerade verhandelt und letztendlich was hindert den Gemeinderat, in Graz hier sich selbst etwas aufzuerlegen, da brauche ich nicht unbedingt einen Bundesbeschluss oder einen Landesbeschluss (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Pacanda:** Ja natürlich, als Piraten kann man einen Transparenzantrag nur unterstützen. Jetzt ist mir aber noch was Zusätzliches aufgefallen, worauf der Herr Hohensinner, glaube ich, vorher hingewiesen hat, was für mich jetzt noch einmal die Dringlichkeit eigentlich hervorruft dieses Antrages.

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR. **Pacanda**: Ich habe noch nicht gesagt, was du gesagt hast, ich habe nur gesagt, dass du was gesagt hast, das ich gleich sagen werde. Und zwar hast du vorher erwähnt, dass bereits im Land in Unterausschüssen diskutiert wird, verhandelt wird und dementsprechend gesprochen wird.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Du bist noch nicht im Land.

GR. **Pacanda**: Ich weiß, ich bin noch nicht im Landtag, die Piraten auch noch nicht, aber das wird schon noch alles kommen. Der wichtige Punkt ist dabei der, den ich mir denke, wenn im Land bereits diskutiert wird und wenn die Stadt Graz keine Position dazu hat, dann haben wir dann nachher die Situation, dass man dann als Stadt Graz hergehen und sagen, jetzt müssen wir eine Petition ans Land machen, dass das wieder geändert wird, deswegen würde ich sagen, es ist ganz wichtig, sich jetzt bereits in die Gespräche einzubauen als Stadt Graz...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Hat er ja bewiesen.

GR. **Pacanda**: ...jetzt bereits sich Gedanken zu machen, wie es ausschauen soll und dann direkt...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Es gibt bereits die Gespräche.

GR. **Pacanda:** Ich kenne kein Dokument, dass es bereits in der Stadt Graz irgendeine Position dazu gibt. Gibt es schon eines? Es gibt noch kein Dokument für die Stadt Graz oder eine Position dazu, wie das in Graz ausschauen soll, oder? Nein und deswegen denke ich, es wäre nicht schlecht, das bereits jetzt zu machen und deswegen werden wir der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Inhalt. Dankeschön.

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Selten so gelacht. Das Schwarz/Blau dagegen ist, ist nicht wirklich überraschend, aber ich sage es nur einmal so von der Wahrnehmung der Farben, dass sich Rot gar nicht meldet, na wie auch immer. Zur FPÖ, dass man Angst hat, was nachschauen zu lassen, das ist offensichtlich. Nur eines verstehe ich nicht ganz, es ist keine Stunde her, da hat die FPÖ einen Antrag gestellt, schauen wir doch bitte nach, wie viel an die Frau Babel gezahlt worden ist und jetzt auf einmal, nein, nachschauen tun wir nicht, um Himmels Willen, also ich meine, das ist ja absurd. Wenn ihr wollt, dass da was transparent ist und man wissen will, wie viel Geld wohin geht, dann ist man für mehr Transparenz, dass ihr das in Wirklichkeit nicht wollt, das ist nicht überraschend.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Du hast in der Kleinen Zeitung was Falsches gesagt.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ok, Kurt Hohensinner, ich komme darauf zurück. Erstens gestern war der Unterausschuss, den haben sie abgesagt nach meinem Informationsstand, da sieht man, wie eifrig das Land arbeitet. Ich verstehe nicht, warum man aufs Land warten muss, man könnte ja selbst viel innovativer sein, aber das schaffen wir nicht, ist mir schon klar. Zur Verdoppelung, probieren wir es gemeinsam: 1,285 auf 2,3 Millionen, so wie es drinnen steht...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das stimmt ja nicht.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ok, es geht um alle vier Töpfe, jetzt wird es noch spannender, jetzt wird es wirklich spannend, Leute. Der Topf drei und vier macht nicht ganz so viel aus, den rechnet ihr dazu, diesen Topf haben die Parteien bekommen, die Studierendenheime und Lehrlingsheime betreiben, ein normaler Bürger würde sich denken, dass dieses Geld nicht für die Partei gedacht ist, sondern für Studierendenheime oder das Lehrlingsheime. Ach ja, jetzt wird es schön langsam eng und knapp, schaut euch das einmal an, wenn es Spezialförderungen für Studierendenheime gibt, dann nehme ich an, dass die für Studierendenheime gedacht sind. Wenn es Förderungen für Lehrlingsheime gibt... aber die Partei macht alles weiter, selbstverständlich, klar.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Du hast bewusst was Falsches gesagt.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Nein, ich habe das bewusst da nicht dazugezählt und wir haben eine Verdoppelung der freien Parteienförderung, das sei hier klar festgehalten, und mit der Glaubwürdigkeit, Kurt, musst dir selber überlegen und bei dir bleiben, das wäre gescheiter. Ansonsten glaube ich, sind genug Argumente gefallen, dass es dringlich ist, man sieht es an dem Informationsbedarf, hätten wir klare Regelungen, dann hätten wir auch gewusst, dass die ÖVP Geld für Studierendenheime nimmt und das vielleicht dann nicht weitergeleitet...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Kannst du uns das jetzt vorrechnen. Du hast die Leute bewusst in die Irre geführt.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...habt ihr es weitergeleitet? Schauen wir es doch an, aber Leute, hier ein wenig Aufklärung wäre dringend notwendig und ich finde...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Es sind nicht falsche Zahlen, was für eine Zahl sei den falsch, es sind exakt die Töpfe eins und zwei, die frei verfügbar waren. Ist schon gut, Kurt, vergiss es (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Rücknahme der Kürzung des Mobilitäts-Schecks für das Wintersemester 2013/2014 zur Abfederung der hohen finanziellen Mehrbelastung für studierende GrazerInnen durch die erheblich verteuerte Studienkarte

GR. **Dreisiebner** und GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellen namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe KollegInnen im Gemeinderat, werte BesucherInnen! Vor kurzer Zeit, Anfang September, ist über die Medien bekannt geworden, dass der Steiermärkische Verkehrsverbund die Preise der drei Studienkarten-Modelle, da gibt es ein Vier-Monats-Modell, ein Fünf-Monats-Modell und ein Sechs-Monats-Modell entlang der im Juli stattgefundenen Tarifierhöhung, die zirka sechs Prozent ausgemacht hat, auch um sechs Prozent anheben wird. Das ergibt für die einzelnen Modelle einen Preissprung von 5,90 bis 9,90 Euro pro Semester, das ist das eine. Das ist eine nicht so geringe Erhöhung. Allerdings gibt es da noch eine andere Dynamik seit dem Frühjahr, es wurde im Jahr 2009 beziehungsweise für das Wintersemester 2009/2010 von der damaligen Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker eingeführte Mobilitätsscheck für GrazerInnen unter den Studierenden Grazerinnen und Grazern, damals 50 Euro generell pro Semester, jetzt im Frühling von Stadtrat Mag. Mario Eustacchio auf 30,- bis maximal 40,- Euro Zuschuss pro Studentin/pro Student als Mobilitätsscheck reduziert. Das heißt, wenn man jetzt beides, die sechsprozentige Erhöhung und die Reduktion aus dem Frühjahr vergleicht, zu den letzten Jahren zusammenrechnet, und das muss der einzelne Studierende ja dann am Ende tun,

wenn es ums Zahlen geht, dann kommt es zu einer richtiggehenden Kostenexplosion, nämlich einer Preissteigerung von bis zu 25,90 im Vergleich zum letzten Wintersemester. Das ist in Prozent ausgedrückt ein Steigerungsanteil von 53 % auf der Vier-Monats-Karte. Bei der Fünf-Monats-Karte, nur zur Vollständigkeit, sind 30 % Steigerung zu verkräften und bei der Sechs-Monats-Studenticketvariante sind noch immer 19 % mehr zu bezahlen.

Wir Grüne sind überzeugt, dass gerade für Produkte und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs und darunter fällt auch dieses Grundrecht auf Mobilität, dass diese Kostensteigerungen gerade für eine Gruppe, die nicht so sehr vom Reichtum geschlagen ist und eher zu den weniger Habenden und weniger Verdienenden gehört, nämlich den Studierenden, so nicht einfach akzeptiert werden kann. Das trifft ganz anders bei Menschen mit dem Einkommensniveau, als es bei NormalverdienerInnen oder Bessergestellten sein würde und sein könnte.

Unsere Recherchen im Vorfeld haben auch Folgendes ergeben, dass von den im Budget 2013 reservierten Mittel für den Mobilitäts-Scheck, das waren 560.000,- Euro, deutlich weniger als die Hälfte bisher im Sommersemester abgerufen worden sind, je nachdem, wie man es rechnet, etwa 180.000 bis 200.000 Euro. Alleine aufgrund des schon reservierten Budgets auf dieser Kostenstelle könnte diese Kürzung zurückgenommen werden.

In diesem Sinne stelle namens des grünen Gemeinderatsklubs und des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Mobilitäts-Scheck für das Wintersemesters 2013/14 auf eine Höhe von einheitlich € 50,-- (wie im Jahr 2009/10 von der damaligen Mobilitätsstadträtin Lisa Rücker eingeführt) festgelegt wird und

damit die Kürzung, die im vergangenen Sommersemester erfolgt ist, zurückgenommen wird. Die Bedeckung dieser Maßnahme ist mit der vorgesehenen Kostenstelle möglich.

Ich bitte um eure Annahme und hoffe auf breite Unterstützung (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, Frau Vizebürgermeisterin, lieber Herr Kollege! Mich verwundert, dass du unter die Hellseher gehst, insofern, dass das Studienjahr auch erst beginnt wieder und eigentlich noch nicht alle Anträge eingebracht wurden wahrscheinlich und noch viele eingebracht werden können. Wir sind froh, dass für die Studierenden wieder Geld zur Verfügung steht in Form des Mobilitätsschecks, um einfach auch den öffentlichen Verkehr leistbarer zu machen. Wir sind froh, dass diese Entscheidung getroffen wurde bereits in dieser Periode gemeinsam von den Paktpartnern, dass das weiterhin zur Verfügung steht. Außerdem ist es auch nicht dringlich, weil, wie du auch mit Sicherheit weißt, schon seit einiger Zeit diskutiert wird, auch das Top-Ticket auch für die Studierenden aufzumachen, da hat auch der Kollege von der KPÖ die Idee der Jungen ÖVP auch aufgegriffen. Der Herr Bundesminister Mitterlehner hat sich auch bereit erklärt, darüber zu diskutieren und genau aus diesem Grund ist es nicht dringlich und deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werter Kollege Karl Dreisiebner! Ja, natürlich für uns Freiheitlichen ist dieser Antrag auch nicht dringlich. Inhaltsmäßig hat die Kollegin Kaufmann ja auch schon Wesentliches gesagt. Es ist niemals wieder eine Erfindung vom Herrn Verkehrsstadtrat allein, es ist kein böser Anschlag auf die Studenten, das Einzige, was sich eben jetzt geändert hat, es gibt jetzt bei den geförderten Karten von zwischen vier und sechs Monate, jetzt gibt es eben eine

Staffelung, dass nicht jeder gleichmäßig gefördert wird. Ist natürlich auch aus Budgetgründen nötig und möglich. Dazu muss man sowieso sagen, Studierendenkarten werden jetzt schon dreifach subventioniert, es zahlt der Bund, das Land und die Gemeinde, allein mit dem Mobilitätsscheck bedeutet das über eine Million Euro Tarifzuschuss der Stadt Graz für die Studenten, ist, glaube ich, ein faires Angebot, das hier am Tisch liegt und weiterhin im Herbst ausgeschüttet wird. Auf die Kleine Zeitung, da ist ja der Bericht heute auch schon gestanden, da ist ja auch schon widerlegt worden, dass der Topf natürlich im Herbst stärker ausgeschüttet werden wird. Im Herbst jetzt beginnt das Studienjahr, wir haben 45 Anträge pro Tag, also da ist keine Gefahr, dass dieses Geld nicht sinnvoll verwendet wird und eben dem öffentlichen Verkehr zugutekommt. Der Antrag ist abzulehnen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Krotzer:** Vorweg erst einmal ein herzliches Danke an den Kollegen Dreisiebner und die grüne Fraktion für diesen sehr wichtigen Antrag, der auf jeden Fall dringlich ist angesichts dessen, dass das Semester wieder beginnt. Vielen Dank auch an die Martina Kaufmann, die aufgedeckt hat, dass die Junge Volkspartei die Denkfabrik der KPÖ ist, dankessehr und ansonsten will ich eines hier einmal ein bisschen ins Bewusstsein wieder bringen, weil die studentische Realität, vielleicht hat man ein bisschen eine verzerrte Wahrnehmung dessen, wenn man sich vor allem in den Buden der Burschenschaften des Kartellverbandes aufhält. Es ist allerdings so, dass die studentische Realität für die meisten so ausschaut, es müssen weit mehr als 50 % der Studierenden arbeiten, um sich das Studium finanzieren zu können. Es ist des Weiteren so, dass wir in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Kürzungen gehabt haben, die Studierende betroffen haben. Ich nenne hier nur exemplarisch die Kürzung der Wohnbeihilfe und die Kürzung der Familienbeihilfe, die sehr schwere Einschnitte gewesen wären (*Applaus KPÖ und Grüne*) in das studentische Budget und hier hätte die Stadt Graz die Möglichkeit, hier mit positivem Beispiel voranzugehen und nicht Studierenden für ein Vier-Semester-Studenticket ganze 25.90 Euro mehr

abzuknöpfen, also was hier wirklich eine unglaubliche Steigerung ist. Insofern, nachdem ich hier bei ÖVP und FPÖ keine großen Hoffnungen habe, mein ganz besonderer Appell an die Sozialdemokratie, um ihrem Namen gerecht zu werden, dass man hier auch zustimmt, dass man hier Besserungen für die Studierenden erreichen kann. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.35 Uhr den Vorsitz.

GR. **Dreisiebner:** Ich schließe gleich an Kollege Krotzer an, danke für eure Zustimmung. Ich hänge mich gleich an den Kollegen Krotzer an. Die Frage, wie sich die sozialdemokratische Partei hier positionieren will, ist bis jetzt noch nicht erörtert worden, sollte die Dringlichkeit gegeben sein, dann freue ich mich auf eine Wortmeldung aus euren Reihen. Zu Kollegen Lohr und Kollegin Kaufmann. Wir haben, Gott sei Dank, lieber Kollege Lohr, jetzt täglich ein paar Anträge, 45, sollen es 90 sein, weil wären sie nicht jetzt, wann würden sie denn kommen, jetzt beginnt das Semester in diesen Tagen und den nächsten Wochen, jetzt fängt es an. Und es bringt mich gleich auf ein anderes Thema. Es waren im Wintersemester 2012/13 9.200 Anträge auf den Mobilitätsscheck. Im Sommersemester 2013 waren es 5.200, im Sommersemester davon waren 5.700. Was heißt, das? Im 12er-Sommersemester und Wintersemester 2012/13 hat es noch 50 Euro Förderung gegeben, diese wurde ja gekürzt um bis zu 20 Euro, zumindest aber 10 Euro, und wir haben 500 Menschen irgendwie verloren im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Die müssen dann zu Fuß gehen, die müssen bei Schlechtwetter radfahren, was auch immer. Aber ich denke mal, auch das wäre eine Frage, wollen wir die Menschen zum öffentlichen Verkehr bringen oder wollen wir es nicht tun, weil es ist für mich ein Hinweis, das ist für mich ein Hinweis, dass hier eine verfehlte Verkehrspolitik verfolgt wird, neben den

sozialpolitischen Fakten, die jetzt eh schon angesprochen worden sind. Schauen wir uns das Wintersemester an. Auf jeden Fall ist auch hier auszugehen, dass unter Umständen Mobilität anders gelöst wird, es ist keine Werbung für die Stadt Graz, es geht nämlich um unsere eigenen hauptwohnsitzgemeldeten Grazer Studierenden, es geht ja nicht um Leute, die mit Nebenwohnsitz in Graz studieren, diese würden eh den Verbundpreis bezahlen müssen und wenn wir so ein tolles Vorbild sind, es ist ja alles schon dreifach subventioniert und es reicht ja aus, dann möchte ich schon einmal darauf hinweisen, dass Wien und Linz da zum Beispiel mehr tun und auch dort wird es eine Landes- und eine Bundessubvention geben, nicht nur bei uns, dort sind die Studienpreise beziehungsweise die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr billiger. In Wien zumindest auch bei einem viel besseren Angebot. Und nein, ich bin kein Hellseher, aber ich habe es schon erörtert, liebe Kollegin Kaufmann, wenn man diese Zahlen vom Sommersemester 2012 und 2013 anschaut, dann gibt es hier einen massiven Rückgang an Interesse. Ja sollen sie zu Fuß gehen, das mag der eine oder andere meinen, aber ich glaube, dass das ein Grundbedürfnis ist und noch was, wenn man diese 25 Euro oder auch nur zehn Euro mit einem derart geringen Einkommen, wie es normalerweise Studierenden zur Verfügung steht, in den täglichen Konsum umlegen kann, dann kann ich da entweder einmal gescheit einkaufen gehen, damit in einen Lebensmittelmarkt oder vielleicht sogar einmal essen gehen um zehn Euro. Es würde auf jede Fall nicht irgendwo gespart werden und im Gegensatz dazu sehe ich, ohne dass ich dem keine Chance geben will, ich mag es mir ja anschauen, sehe ich schon die Altstadt bim, wo man nicht weiß, wer genau davon profitiert, wie viele das sein werden und was mit dem damit gesparten Geld passiert, nur so nebenbei, es geht mir um die Treffsicherheit. Hier könnten wir treffsicher agieren und tun es aber nicht und wenn dieses Budget tatsächlich nicht reichen sollte, wenn dieses Budget tatsächlich nicht reichen sollte, diese Kostenstelle mit den 560.000, um ein paar Tausend, vielleicht 50.000, wenn es hochkommt, zuwenig sein sollte, dann würde ich das Ganze nicht als Drama sehen, sondern da würde ich mich einfach freuen, weil so viele auf den ÖV umsteigen, zumal wir heute zum Beispiel alleine 1,7 Millionen Euro von den Sparbüchern per Beschluss genommen haben und dem Budget zuführen,

also wie wenig ist das im Vergleich und da geht es wirklich um ein Grundbedürfnis und um eine effektive und langfristige Werbung für den öffentlichen Verkehr in Graz. Last but not least, Zeit aus? Macht nichts, ich freue mich auf eine weitere Diskussion und hoffe auf eure Zustimmung, weil ihr müsst es euren JugendvertreterInnen in der Sozialdemokratie, in der Volkspartei erklären beziehungsweise den ÖH-Funktionären (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Selbst wenn man in Graz wirklich auf den öffentlichen Verkehr angewiesen ist und sich eine Jahreskarte kaufen sollte, was auf die Studenten gar nicht zutrifft, weil sie in der warmen Jahreszeit auf das Fahrrad umsteigen, dann bedeutet das, dass du maximal, wenn du keine Förderung bekommst, einen Euro pro Tag für deine Verkehrswege in Graz zu bezahlen hast, ich möchte das wiederum nur in Erinnerung rufen, weil...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Das geht sich bei 388 nicht aus.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das geht sich schon aus, weil ich sage es jetzt noch einmal, es gibt Förderungen, ich habe jetzt nur gesagt, selbst wenn du die höchste, hättest du einen Euro zu bezahlen. Ich will das nur in Erinnerung rufen, weil wir heute auf die Kleinigkeit von mehr als 20 Millionen schon wieder für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs beschlossen haben und es klingt ganz so danach, als würden wir den ÖV in dieser Stadt nicht forcieren wollen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Transparenz des Gemeinderates

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr verehrte Damen und Herren! Transparenz haben wir heute schon öfter gehört, ich werde es versuchen, kurz zusammenzufassen, weil der Antrag in Summe dann doch drei Seiten hat und die wichtigsten Punkte hervorheben. Transparenz ist nicht nur das, dass man Informationen zur Verfügung stellt und sie irgendwo auffindbar sind, sondern Transparenz bedeutet, dass Informationen so leicht wie möglich verfügbar sind und für jeden klar verständlich sind. Auf der Stadt-Graz-Seite, wo die Übersichten über die Anträge zu finden sind, die haben Sie im Bild im Endeffekt auch dargestellt, ist es nicht verfügbar, weil man nach den Abstimmungen nur erkennen kann, dass ein Antrag mit Mehrheit abgestimmt worden ist, mit Mehrheit angenommen worden ist oder einstimmig angenommen worden ist. Für einen Außenstehenden ist es eigentlich nur über das Protokoll möglich, direkt nachzuschauen, welche Partei da zum Beispiel wo abgestimmt hat bei den Anträgen. Wir haben gerade vorher die Protokolle jetzt, glaube ich, bis Juni genehmigt. Bis vor kurzem war im Endeffekt das letzte Protokoll eben vor fünf Monaten, von vor fünf Monaten online. Dementsprechend schwierig ist es jetzt in den wirklichen einzelnen Programmpunkten für einen Außenstehenden, das nachzulesen und nachzuvollziehen. Der zweite wichtige Punkt, der jetzt auch neu ist

eigentlich, seit April werden die Gemeinderatsprotokolle geschwärzt aus Datenschutzgründen, das heißt, es werden Unternehmensnamen, wie zum Beispiel Hausnummer der Wirtschaftsprüfer von dem speziellen Antrag, den ich da angenommen habe, wurde herausgeschwärzt, welcher Wirtschaftsprüfer das ist, das heißt, im Wortprotokoll steht das nicht drinnen aus datenschutzrechtlichen Gründen, im Widerspruch dazu ist aber im Antrag selbst der Online ist, der besagte Wirtschaftsprüfer wiederum drinnen. Das heißt, es gibt eine Diskrepanz zwischen entweder Transparenz oder Datenschutz, das heißt, es ist weder transparent noch wird der Datenschutz eingehalten, irgendwas stimmt da nicht. Es ist verwirrend, das heißt, für jeden Außenstehenden kann es da nur zu Verwirrungen führen. Wo wir jetzt hinwollen, wollen wir transparent sein und ich hoffe, das wollen wir, und wollen wir uns für Datenschutz einsetzen, ich hoffe, das wollen wir auch. Ich komme dann zum Antrag und zu den Antragspunkten, besteht in dem Sinn aus vier Forderungen. Der erste Punkt, dass sich der Gemeinderat aussprechen soll, die Darstellungen der Abstimmungen soweit zu verbessern, dass sie sofort ersichtlich sind, wie abgestimmt worden ist. Der zweite Punkt, eine Möglichkeit zu schaffen, für Außenstehende auch direkt nachvollziehbar zu machen, was mit dringlichen Anträgen passiert ist, was mit selbständigen Anträgen passiert ist, wie Antworten auf Anfragen ausschauen, das ist im Endeffekt über die öffentliche Seite der Stadt Graz nicht möglich zu Zeit, dass Bürger das nachsehen können. Der Wunsch, auch sich gegen eine Schwärzung von Wortprotokollen auszusprechen, das heißt, dass man nicht irgendwann einmal dasitzen und nur mehr geschwärzte Wortprotokolle vorfinden und nicht mehr nachlesen können, also wir einerseits nicht nachlesen können und der Bürger von außen auch nicht mehr nachlesen kann, was eigentlich passiert ist und nur nachvollziehen kann, wenn er anwesend war. Das heißt, sich für ein Maximum an Transparenz auszusprechen unter Einhaltung des Datenschutzes dementsprechend natürlich. Und als vierter Punkt, das ist sicher der mutigste Punkt vielleicht oder der interessante Punkt oder wo ich vermute, dass es vielleicht eine Ablehnung gibt dazu. Sich auch damit zu beschäftigen, wie man es schaffen könnte als Stadt Graz und als Gemeinderat Graz, dass die öffentlichen Anträge bereits vor der Gemeinderatssitzung

veröffentlicht werden, damit sich eben jeder Bürger in Graz auch ein Bild machen kann, worum es im Detail dann in den Gemeinderatssitzungen geht und sich dann auch im Detail durchzulesen. Und da würde ich einerseits um die Dringlichkeitsunterstützung bitten, dringlich schon allein deswegen, das jetzt nicht richtig ist, da irgendwo eine Diskrepanz auf jeden Fall da ist und würde um eure Unterstützung bitten. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Philip! Danke für den Antrag, wir unterstützen das selbstverständlich voll und ganz. Die Frage der Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses haben wir ja auch schon einige Male eingefordert mit Zusatzanträgen, die aber bereits vorher abgeschmettert worden sind. Die Frage, es für jede Person nachvollziehbar zu machen, wie das Abstimmungsverhältnis war und auch wie der Stand der Dinge bei der Beantwortung von Anfragen usw. ist, ich auch absolut in unserem Sinne. Wir wissen ja nicht einmal selber innerhalb des Gemeinderates, ob eine Anfrage, die ihr vielleicht gestellt habt, jemals beantwortet ist oder nicht, wenn wir nicht direkt uns austauschen, also nicht einmal innerhalb dieses hochheiligen Gremiums ist das möglich, den Stand der Beantwortung mitzuverfolgen, geschweige denn vom Inhalt dann etwas zu erfahren, also auf jeden Fall sehr dafür. Die Frage der Schwärzung von Wortprotokollen hast du auch, denke ich, richtig ausgeführt. Selbstverständlich braucht es Datenschutz in etlichen Bereichen, wo das auch gehandhabt wird. Aber wie du sagst, dieses eine Beispiel, das du zitiert hast, ist einfach nur patschert und hilft nicht zu irgendeinem Datenschutz und ich frage mich auch, warum zum Beispiel die Angabe einer Wirtschaftsprüfungskanzlei nicht veröffentlicht werden kann, wenn sie sonst in allen anderen Dingen öffentlich gestellt wird, also in dem Punkt ist es inhaltlich absurd. Und das was du gesagt hast, der letzte Punkte, dass auch die Anträge des öffentlichen Teils vorher schon verfügbar sind, damit Leute sich ein Bild machen können, ob es

vielleicht gerade zu dem Tagesordnungspunkt für sie von Interesse ist, an der Sitzung teilzunehmen und mitzubekommen, wie hier debattiert wird, unterstützen wir auch voll und ganz und es ist schon höchst an der Zeit, deswegen nicht nur dringlich, sondern überdringlich. Wir stimmen dem also zu (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffi-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Andreas, er ist gespannt, hat er gesagt. Die Spannung kann ich gleich abbauen. Philip, das Anliegen Transparenz und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit über unsere Arbeit muss uns allen ein Anliegen sein und da gibt es nur ein glattes Ja dafür. Ich möchte jetzt nicht formal werden, aber du schreibst selbst, dass möglicherweise eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates oder sogar des Statutes, wie du schreibst, notwendig sein wird, du hast damit völlig Recht. Das wäre ohnedies eines dringlichen Antrages nicht fähig, also das kann nur auf normalem Weg in den Gemeinderat kommen, um das abzukürzen. Du hast bereits, ich nehme an, du hast auf deine Homepage geschaut, da steht bereits die Einladung, du hast sie selber öffentlich einsichtig gemacht für die nächste Klubobleutekonferenz, wie mir Kurt Hohensinner sagt, die findet nächste Woche auch zu diesem Thema statt und wir haben es auch bisher, das ist eine gute Übung, so gehalten, dass wir alle diese wesentlichen Fragen die unsere Gestion betreffen, gut vorbereiten in der Regel in einer Klubobleutekonferenz, dann mitunter in einem Unterausschuss des Verfassungsausschusses, dann im Verfassungsausschuss und dann kommt es in den Gemeinderat. So viel dazu, eine gute Idee, aber derzeit nicht dringlich, weil ohnedies, schau bitte auf deine Homepage. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Ich freue mich sehr über die Einladung, ich habe sie bekommen. Ich werde natürlich auch kommen und werde ganz viele Ideen für die Geschäftsordnung einbringen, keine Frage.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Wir nehmen uns Zeit.

GR. **Pacanda**. Wir schaffen das schon, wenn es dann eine Agenda gibt, was alles behandelt wird, wäre es auch super, da freue ich mich dann auch darüber. Ich sehe die Dringlichkeit trotzdem, unabhängig davon, dass es in der Klubobleutesitzung beschlossen wird. Weil einerseits ist es das Thema, dass der Gemeinderat sich in Summe in diese Richtung ausspricht und dringlich auch deswegen, weil aktuell Fehler vorhanden sind, die für Verwirrung sorgen und ich glaube, da ist einfach wichtig, dass der Gemeinderat in Summe sagt, ja, wir wollen ein Maximum an Transparenz bei der Einhaltung des Datenschutzes, wir werden uns darum kümmern, wir werden es bei der Klubobleutesitzung oder dementsprechend dann als Petition vielleicht ans Land, wenn wir das Statut ändern müssen, einreichen. Ja wir wollen das und ich glaube, deswegen ist auch die Dringlichkeit gegeben. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.